



Für eine sichere Zukunft in Freiheit

**Parteiprogramm der Zürcher SVP
2023 bis 2027**





Impressum

Parteiprogramm der Zürcher SVP
2023 bis 2027

Auflage: 3000 Exemplare

Bildquellen: Adobe Stock und Pixabay

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich,
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
sekretariat@svp-zuerich.ch, www.svp-zuerich.ch



Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|-----------|--|-----------|---|
| 4 | Unser Kernauftrag
SVP: Für Freiheit und Sicherheit | 46 | Sozialwerke
Sozialwerke sichern |
| 8 | Auf einen Blick
Positionen der Zürcher SVP | 50 | Einwanderungs- und Asylpolitik
Massenzuwanderung stoppen |
| 12 | Bürgerinnen, Bürger und Staat
Selbstbestimmung statt Gängelung | 60 | Religionen
Einstehen für unsere Werte |
| 16 | Eigentum
Schutz vor links-grünem Raubzug | 64 | Bildung und Forschung
Bildung statt Reformhektik – Keine Angst vor Eliten |
| 22 | Raumplanung und Bauen
Entwicklungsmöglichkeiten behalten,
Bürokratie vermeiden | 70 | Landwirtschaft, Forst, Natur
Inlandproduktion stärken |
| 28 | Wirtschaft und Werkplatz
Verbesserung der Standortqualität ist
Dauerauftrag: Mittelmass darf nicht
länger genügen! | 76 | Gesundheit
Qualität dank Wettbewerb |
| 34 | Öffentliche Finanzen und Steuern
Schluss mit der Bürokratisierung aller
Lebensbereiche | 80 | Verkehr
Ideologiebefreite Verkehrspolitik |
| 40 | Sicherheit und Justiz
Kriminelle härter bestrafen | 86 | Energie
Sichere, kostengünstige Versorgung |
| | | 92 | Umwelt
Wirkungsvoller Umweltschutz |

- 96 Die Schweiz in der Welt von heute**
Selbstbestimmung statt
Fremdbestimmung
- 100 Aussenpolitik**
Schweizer Interessen wahren
- 106 Milizarmee**
Landesverteidigung als Kernauftrag
- 112 Medien**
Private Vielfalt statt staatliche Einfalt
- 116 Kultur**
Weniger Staatskultur, mehr Volkskultur
- 122 Mensch, Familie und Gemeinschaft**
Eigenverantwortung statt
Bevormundung
- 128 Sport**
Gut für Körper und Geist
- 132 Partei der Grundsätze**
Darum braucht es eine starke SVP



Unser Kernauftrag



SVP: Für Freiheit und Sicherheit

Die Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich ist seit jeher die Partei des Mittelstandes. Zum Mittelstand gehört, wer seinen Lebensunterhalt selbst verdient und nicht danach trachtet, vom Staat unterhalten zu werden – aber auch nicht so reich ist, dass er sein Vermögen nach Monaco in Sicherheit bringen muss. Darum kämpft die SVP für die Freiheit und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Genau das ist auch der Auftrag unseres Staatswesens. Wir wollen einen Rechtsstaat, der uns gegen innen und aussen Sicherheit gibt, damit wir unsere Freiheit nutzen können. Leider kümmert sich der Staat heute viel zu wenig um die Erhaltung unserer Volks- und Freiheitsrechte sowie um den Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen und Verbrechern.



Unsere Freiheit ist gefährdet

Unser wichtigstes Freiheitsrecht ist unser Stimm- und Wahlrecht in der Gemeinde, im Kanton und im Bund. Doch genau dieses weltweit einzigartige Recht ist heute von innen und von aussen bedroht. Eine Mehrheit des Bundesrates, des Parlaments und sogar des Bundesgerichts will die direkte Demokratie schwächen und abschaffen. Mit dem Zaubermittel «internationales Recht» wollen sie den Willen des Volkes für nichtig erklären. Zudem engt der zunehmende Zentralismus die Gemeindeautonomie immer mehr ein.

Bedrohung der direkten Demokratie

Unter dem Vorwand des «internationalen Rechts» wollen die politischen Eliten unsere freiheitliche Bundesverfassung aushebeln und uns fremdem Recht unterstellen. Sie setzen Volksentscheide nicht um und wollen unser Land schleichend in die EU führen. Die direkte Demokratie ist den Eliten lästig geworden, weil die Bürgerinnen und Bürger ihre Macht immer wieder beschränken und sie über ihr Tun Rechenschaft ablegen müssen. Die politische Elite und die Funktionäre in Bundesbern kottieren lieber mit dem Ausland. Sie nehmen den Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit weg, um sich auf internationalen Bühnen selbst Macht, Privilegien, hohe Saläre und Prestige zu sichern.

Unter Freiheit versteht die SVP ein Leben in einer selbstbestimmten, nicht in einer fremdbestimmten Schweiz. Darum kämpfen wir für freie Bürgerinnen und Bürger in einem freien



Land, für die freie Wahl der Lebensform, des Arbeitsplatzes, der Freizeitgestaltung und der Verkehrsmittel. Freiheit beinhaltet auch tiefere Steuern und Abgaben, den Schutz unseres Eigentums sowie ein Leben ohne materielle Not. Damit alle über ihr Einkommen möglichst frei verfügen können, müssen Steuern, Abgaben und Gebühren gesenkt werden.

Mehr Sicherheit

Die SVP will, dass der Staat unsere Sicherheit wieder garantiert, die Grenzen kontrolliert, das Strafrecht verschärft und ausländische Verbrecher ausschafft. Die Massenzuwanderung,

die large, verfehlte Asylpolitik und der mehr als grosszügige Familiennachzug haben dazu geführt, dass auch Leute in unser Land strömen, deren Identität wir nicht einmal kennen. Viele Frauen, ältere Mitbürgerinnen und -bürger, aber auch Junge wagen sich nachts nicht mehr auf die Strasse. Morde, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Einbrüche, Drohungen und Raub sind an der Tagesordnung. Ordnungshüter, ja sogar Sanitäter, werden angegriffen, wenn sie Gewaltopfern Hilfe leisten wollen. Manchenorts herrschen Faustrecht-ähnliche Zustände, in den Städten gibt es Strassenschlachten, Krawalle und Hausbesetzungen. Der Anteil von Ausländern an den Straftaten ist unverhältnismässig hoch.

Massenzuwanderung stoppen, AHV sichern

Die Arbeitsplatzsicherheit ist vor allem durch die Personenfreizügigkeit aus dem EU-Raum bedroht. Unsere soziale Sicherheit ist gefährdet, denn ein Sozialstaat ohne Grenzen ist zum Scheitern verurteilt. Die SVP kämpft deshalb für die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, für einen echten Inländervorrang und für die Wiedereinführung der bewährten Ausländerkontingente.

Die SVP will die AHV, die Renten, die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung sowie die Gesundheitsversorgung sichern. Sie setzt sich ein für eine produzierende Landwirtschaft mit einem höheren Selbstversorgungsgrad.

Nur unter diesen Voraussetzungen ist unsere Freiheit und Sicherheit gewährleistet.

Auf einen Blick



Positionen der Zürcher SVP

Wer die Zürcher SVP wählt, soll wissen, woran er ist.

Die Zürcher SVP spricht seit über hundert Jahren Klartext und steuert einen verlässlichen, gradlinigen Kurs. Die von Ihnen gewählten Vertreterinnen und Vertreter der SVP setzten ihre Versprechen in Gemeinde, Kanton und Bund konsequent um. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich ein

- für Freiheit und Sicherheit, für ein Zuhause mit Wohlfahrt und hoher Lebensqualität im Heimatkanton Zürich und in unserer Schweiz;
- für die erfolgreichen Staatssäulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, immerwährende bewaffnete Neutralität und Föderalismus;
- für den Erhalt der Gemeindeautonomie statt verwaltungsgetriebenen Zentralismus;
- für eigenverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger mit starken Mitbestimmungsrechten;
- für sichere Arbeitsplätze und einen starken Werkplatz dank mehr Markt und weniger Staatseingriffen und Bürokratie für die Wirtschaft;
- für weniger Steuern, Zwangsabgaben und Gebühren, damit den Bürgerinnen und Bürgern mehr zum Leben bleibt;
- für tiefere Krankenkassenprämien und ein finanzierbares Gesundheitswesen mit Förderung der Selbstverantwortung und Entschlackung des Leistungskatalogs;
- für längerfristig gesicherte Sozialwerke unter Rückzahlung von Volksvermögen durch die Nationalbank an die AHV und die Abzugsfähigkeit von AHV-Renten von der Bundessteuer und anderen Steuern;

- für eine einsatzbereite Polizei, konsequente Strafverfolgung und verschärften Strafvollzug anstelle der Verhätschelung von Verbrechern;
- für die konsequente Ausschaffung schwerkrimineller Ausländer nach verbüsster Strafe;
- für eine konsequente Asylpolitik, die den echten Flüchtlingen Schutz gewährt, aber den Missbrauch konsequent bekämpft und verhindert;
- für ein Sozialsystem, in dem sich Arbeit finanziell mehr lohnt als der Gratisbezug von Staatsgeldern;
- für einen Verkehr, der fließen kann, statt ihn durch Langsamfahrzonen, künstliche Bauhindernisse und übertriebenes Bussenregime zu behindern;
- für eine effiziente Ausländerpolitik, die den Unternehmen ermöglicht, bedarfsgerecht Fachkräfte im Ausland zu rekrutieren, jedoch die Zuwanderung wieder eigenständig steuert und Inländer im Arbeitsmarkt bevorzugt;
- für die Grundwerte der christlich-abendländischen Kultur und gegen religiöse Gewalt, Fanatismus und Verachtung unseres freiheitlichen Rechtsstaates;
- für die Garantie des Privateigentums bei Vermögen, Grund und Boden, Wohnen sowie für den Schutz des geistigen Eigentums;
- für einen sparsamen Staatshaushalt, die Reduktion der ständig steigenden Staatsausgaben und für den Abbau des Schuldenbergs;
- für den Schutz der Altersvorsorge, insbesondere des Dreisäulenmodells, gegen Zwangsumverteilungen durch den Bund;
- für ein Bildungssystem, in dem Leistung gefordert und gefördert wird;
- für ein aktives, eigenverantwortliches Anpacken der digitalen Herausforderungen;
- für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft mit bäuerlichen Unternehmern, deren Freiheit nicht durch Vorschriften erstickt wird;
- für die sichere, günstige und genügende Energieversorgung von Haushalten und Betrieben;
- für einen praktischen Umweltschutz statt dem theoretischen Katastrophengeschwätz von Linken und Grünen;
- für eine weltoffene und selbstbewusste Interessenvertretung in der Aussenpolitik ohne schleichenden EU- und NATO-Beitritt;
- für die Wiederherstellung einer einsatzbereiten Milizarmee, die das Land verteidigt und die Bevölkerung bei Katastrophen schützt;
- für eine Medienpolitik, die auf den Wettbewerb unter Privaten setzt, und gegen das Quasi-Monopol der Staatsmedien von Radio und Fernsehen SRG;
- für eine lebendige Kultur, die vom Staat weder verordnet noch in verfilzten Strukturen gefördert wird;
- für mehr Eigenverantwortung statt Bevormundung für den Einzelnen, die Familien und die Gesellschaft;
- für sportliche Betätigung im Rahmen von Breiten- und Spitzensport.



A blurred background of a large crowd of people, with a hand raised in the foreground, suggesting a public gathering or protest.

Bürgerinnen, Bürger und Staat

Selbstbestimmung statt Gängelung

Demokratie erschöpft sich nicht darin, dass abgestimmt und gewählt wird. Entscheidend ist, dass der Wille der Mehrheit auch umgesetzt wird. Das ist leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Bundesräte, Parlamentarier, Richter, Beamte und Wirtschaftsfunktionäre haben in den letzten Jahren widerrechtlich die Macht an sich gerissen. Denn wenn sie selbstherrlich entscheiden können, haben sie viele Vorteile an Macht, Geld, Prestige und Privilegien.

In einer Art Putsch wurde sogenanntes Völkerrecht, das im Grund Funktionsrecht ist, generell über die Bundesverfassung gestellt. Die politischen Eliten entledigen sich des für sie unangenehmen Souveräns, indem sie zulassen, dass Funktionäre – also Exekutiven – auf internationaler Ebene zu Lasten unserer direkten Demokratie gesetzgeberisch tätig sind. So werden Verwahrungsinitiative, Ausschaffungsinitiative und Masseneinwanderungsinitiative von «Bundesbern» als vernachlässigbare Betriebsunfälle betrachtet und nicht als massgebliches Verfassungsrecht. Hinzu kommt, dass sogenanntes «Soft Law» in einem die Demokratie bedrohenden Ausmass Eingang in die Arbeit von Verwaltung und Justiz gefunden hat.

Behörden als willfähige Vollzugsgehilfen

Unter den Schlagworten «Menschenrechte» oder «Klimanotstand» treiben internationale Organisationen und ihre schweizerischen Ableger unser Land vor sich her. Selbst Über-einkommen, die nicht mehr als eine Sammlung von Absichtserklärungen sind, wie das «Pariser Klimaabkommen», werden hierzulande als sakrosankt betrachtet, während andere Staaten die damit einhergehende Schwächung unserer Standortqualität mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen.

Längst anerkennt «Bundesbern» nicht mehr nur demokratisch legitimierte Staatsverträge. Immer mehr werden auch Positionen von Nichtregierungsorganisationen oder von subalternen Gremien internationaler Organisationen als massgeblich betrachtet. Bald soll die Weltgesundheitsbehörde der UNO sogar über alle Staaten hinweg bestimmen können, wann wo Pandemienotstand herrscht. Wenn die Funktionäre erst über den Ausnahmezustand bestimmen, sind sie der Souverän. Aber nur das Schweizer Volk und die Stände können souverän und abschliessend entscheiden, welches Recht hierzulande gilt.

Gegen umfassende Überwachung

Im Zuge der Corona-Pandemie mussten Bürgerinnen und Bürger erkennen, wie weit unsere Behörden zu gehen bereit sind, wenn sie sich davon die Erreichung ihrer Ziele versprechen. Genoss das Arztgeheimnis einst einen gesetzlichen Schutz, musste sich plötzlich gegenüber unbekannten Personen als geimpft ausweisen, wer lediglich ein Restaurant oder ein



Kino besuchen wollte. Bereits ist die Rede davon, unser ganzes Verhalten in Bezug auf seine «Klimaschädlichkeit» mittels Algorithmen zu überwachen und zu steuern.

Ein Hoch auf den Föderalismus!

Gemeinwesen tendieren im Laufe der Zeit zu Zentralismus und zu einer Machtverschiebung weg von der Legislative hin zur Exekutive. Umso nötiger ist von Zeit zu Zeit die Besinnung auf das Konzept von «Checks and Balances» und die entsprechenden Instrumente.

Darum ist Föderalismus sogar noch wichtiger als Demokratie. Föderalismus ist in erster Linie eine Geisteshaltung, eine Geisteshaltung der politischen Bescheidenheit und der intellektuellen Grosszügigkeit. Ja, der Toleranz. Sie geht davon aus, dass es in vielen Fragen wohl keine absolute Wahrheit gibt und gesteht darum dem anderen zu, dass er ebenfalls recht haben könnte. Oder zumindest, dass er das Recht hat, Dinge so zu regeln, wie es ihn in seinem Verantwortungsbereich gut und richtig dünkt. Politische Entscheide sollen darum möglichst dezentral und nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern gefällt werden. Föderalismus steht am Anfang des politischen Lebens, als Menschen anfangen, ihr Zusammenleben zu organisieren. Man kann ihn nicht schaffen oder gar per Dekret anordnen – man kann ihn bloss verteidigen.

Demokratische Prozesse schützen: Nein zu «E-Voting»

Das Stimm- und Wahlrecht bildet unser zentrales Bürgerrecht. Es dürfen darum, was Zuverlässigkeit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit angeht, keine Kompromisse eingegangen werden. Das sogenannte «E-Voting» würde den Wahl- und Abstimmungsprozess verwundbar machen, wo er bisher nicht ist. Das gilt es zu verhindern, zumal die Manipulation von Wahlen und Abstimmungen längst zum Repertoire der Cyber- und Wirtschaftskriegsführung gehört.

Demokratische Entscheide müssen für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und überprüfbar sein. Sind sie das nicht, schwindet das Vertrauen in deren Legitimität. Bereits

die Behauptung, es sei nicht alles mit rechten Mitteln zu- und hergegangen, kann so zu einem langsam wirkenden, aber tödlichen Gift für die Demokratie werden.

Auch die oft bejubelte «Digitalisierung» hat ihre Grenzen und muss verantwortungsbewusst eingesetzt werden. Für die direkte Demokratie birgt sie mehr Gefahren als Nutzen.

Die Zürcher SVP

- will mündige statt bevormundete Bürgerinnen und Bürger, die eigenverantwortlich handeln;
- wendet sich gegen die Entmachtung des Souveräns und die Machtanmassung der Eliten unter Verweis auf das internationale Recht;
- bekämpft die Anmassung jener Richter, die sich anstelle von Souverän und Parlamenten als rechtssetzende Instanz auführen;
- verteidigt die Gemeindeautonomie und die kantonale Hoheit gegenüber zentralistischen Ansprüchen von Bund, Verwaltung, Gerichten und internationalen Organisationen;
- widersetzt sich der schleichenden Unterordnung unter fremdes Recht und fremde Richter;
- will keine staatliche Überwachung aller Lebensbereiche; wehrt sich dagegen, dass sich Richter zunehmend über Volk und Stände erheben;
- bekämpft die Einführung von «E-Voting».

Eigentum

A family of four is moving into a new home. A young girl in the foreground is laughing while holding a large cardboard box. Behind her, a boy is also holding a box and smiling. In the background, a woman and a man are carrying boxes and smiling. The scene is set in a bright, modern interior with large windows and a green plant on the left.

Schutz vor links-grünem Raubzug

Eigentum bedeutet, über seine legitim erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen zu können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie, wohlhabende und zufriedene Gesellschaft möglich.

Das Eigentum ist auch von hoher staatspolitischer Bedeutung, schafft es doch eine bessere Identifikation mit dem Quartier, der Gemeinde, der Region, dem Kanton, ja überhaupt mit dem Staatswesen, und stiftet so letztlich Identität. Der Schutz des Eigentums ist Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirtschaftsordnung, weil Eigentum zu Leistung anspornt und Leistung honoriert. Eigentum muss jederzeit frei veräusserlich und ausserdem vererblich sein.

Ohne Eigentumsgarantie herrschen Verantwortungslosigkeit, Willkür und Massenarmut. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet. Darum gehört die Garantie des Privateigentums zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Dabei ist das Privateigentum umfassend zu verstehen: Es umfasst nicht nur das Grundeigentum, sondern auch das Recht an geistigen Gütern und Mobilien, wie Anteile an KMU und anderen Unternehmen. Der Staat hat dabei das Privateigentum nicht nur vor physischer Beeinträchtigung durch Unbefugte, sondern auch vor übermässiger, die Eigentumsrechte verletzender (konfiskatorischer) Besteuerung zu schützen.

Wider den Raubzug der Linken und Grünen

Wer arbeitet und spart, hat allen Grund, die SVP zu wählen. Links-grüne Politik glaubt, jedes Problem mit Geld, das andere erwirtschaftet und versteuert haben, lösen zu können. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als sie. Ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub oder sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Links-Grünen eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen soll. Die gigantische links-grüne Umverteilungsmaschinerie – oft flankiert durch einen pseudo-privatwirtschaftlichen Speckgürtel wie im Bildungs- oder Sozialwesen – bedarf immer neuer staatlicher Einkommensquellen. Dies gefährdet Vermögen und Einkommen der Menschen.

Finanzielle Privatsphäre schützen

Neben dem Eigentum beschneiden Links-Grüne und andere Staatsgläubige auch unsere Privatsphäre in zunehmendem Masse. Sie rufen nach der Abschaffung des Bankkunden-geheimnisses auch im Inland, nach automatischem Informationsaustausch selbst gegenüber Unrechtsstaaten, Einschränkung des Bargeldverkehrs und Überwachung auf Schritt und Tritt. Ziel ist es, den «gläsernen Bürger» zu schaffen, diesen umfassend zu kontrollieren und ihm immer mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Darum verlangt die SVP, dass auch die finanzielle Privatsphäre besser geschützt und das Bankkundengeheimnis im Inland erhalten bleibt.



Mehr Freiheit für Wohneigentümer, Mieter und Vermieter, Wohnangebot fördern

Wenn sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnen, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes ist im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung stark eingeschränkt. Nur wenn es den Vermietern gut geht, kann es auch den Mietern gut gehen. Die SVP verlangt deshalb eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass das Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert wird. Die heutige Ausgestaltung der Eigenmietwertbesteuerung ist ungerecht und entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung; sie wird von der SVP abgelehnt. Eine freiheitliche Bau- und Eigentumsordnung kommt auch den Mietern zugute, denn ein genügendes Angebot an Wohnungen führt zu sinkenden Mietzinsen und zu Investitionen, mit denen der Wohnraum saniert und die Wohnqualität erhöht wird. Gegenüber dem staatlichen Wohnungsbau meldet die SVP schwerste Bedenken an: Wo die öffentliche Hand als mächtiger Immobilienbesitzer auftritt, wie beispielsweise in der Stadt Zürich, herrschen Zuteilungsfeudalismus und ungerechte Mietzinsprivilegien.

Zugang zu Wohneigentum fördern

Die Wohneigentumsquote in der Schweiz ist mit 38 Prozent tiefer als in sämtlichen EU-Staaten, der Kanton Zürich hat mit 29 Prozent die drittiefste Wohneigentumsquote in der

Schweiz. Im Lichte der dargelegten Bedeutung des Eigentums für die Stabilität und Akzeptanz einer freiheitlichen Staatsordnung ist der verfassungsmässige Auftrag zur Eigentumsförderung nicht länger zu vernachlässigen. Die Förderung ist nicht mit staatlichen Finanzspritzen und einer staatlichen Wohnbauförderungs-Bürokratie, sondern primär durch steuerliche Entlastungen zu erzielen. Dazu gehören: Abschaffung des Eigenmietwerts, der fiktives Eigentum besteuert und





insbesondere Rentner hart trifft, Beibehaltung der Abzugsfähigkeit von Unterhaltsarbeiten, weil diese auch das Gewerbe fördern (dabei ist die rechtsstaatlich nicht haltbare, schlechende Abschaffung durch die Steuerbehörden durch eine eigentumsfeindliche Vollzugspraxis zu bekämpfen), Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen. Zudem sind die massgeblich von der Finanzmarktaufsicht FINMA mitbestimmten eigentumsfeindlichen Vergabekriterien für Immobilien-Finanzierungen weder gesellschaftspolitisch noch rechtsstaatlich zu vertreten;

der kalkulatorische Zinssatz und der antizyklische Kapitalpuffer sind jeweils den aktuellen Marktgegebenheiten anzupassen. Sonst bietet man insbesondere jungen Mitbürgerinnen und -bürgern keine Perspektive, der Mieterfalle durch den Erwerb von Grundeigentum je zu entfliehen.

Enteignung durch Steuerprogression

Eine proportionale Besteuerung zugunsten der unentbehrlichen Staatsaufgaben ist akzeptabel und mit dem Recht auf

Eigentum vereinbar. Problematisch ist aber die auch hierzulande existierende progressive Steuer, die im Grund die Eigentumsgarantie verletzt. Wenn einmal das Prinzip angenommen ist, dass höhere Einkommen zu einem höheren Satz zu besteuern sind, gibt es keine logische Grenze mehr, bis alle Einkommen über einem bestimmten Betrag weggesteuert werden. Dieses eigentumsfeindliche Steuersystem wird von einer profitierenden Mehrheit festgesetzt, welche die Hauptlast der Steuern nicht selbst trägt. Die SVP ist überzeugt, dass ein Raubzug auf die hohen Vermögen und Einkommen das Eigentum schwächt und letztlich gerade den wirtschaftlich schwächeren Teilen der Gesellschaft schadet. Aus Sicht der SVP ist auch die «kalte Progression» durch Steuersenkungen oder Anpassungen des Steuertarifs automatisch auszugleichen. Die Vermögenssteuer darf nicht höher sein als das Einkommen, das aus diesem Vermögen erzielt wird. Die SVP lehnt sowohl eine nationale wie kantonale Erbschaftssteuer ab, denn diese schaden dem Solidaritätsgedanken zwischen den Generationen, dem Mittelstand und dem Arbeitsplatz.

Auch geistiges Eigentum schützen

Neben dem materiellen muss der Staat auch das geistige Eigentum schützen. Ein funktionierendes Patentrecht ist Voraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort, bei dem Wissen, Forschung sowie die Entwicklung und Produktion hochqualifizierter Güter eine wichtige Rolle spielen. In unserem Land wird – wie kaum sonst wo – neben den Hochschulen

auch privatwirtschaftlich geforscht und entwickelt. Das geschieht nur, solange die Betriebe, die in die Forschung investieren, Produkte gewinnen, die ihnen gehören. Auch hier muss das Prinzip des Privateigentums gelten. Die Schweiz ist das innovativste Land Europas und soll es auch bleiben. Das ruft unter anderem auch nach einer attraktiven Ausgestaltung der Patentbox im Rahmen der «Steuervorlage 17».

Die Zürcher SVP

- wehrt sich für die Unantastbarkeit des privaten Eigentums als Grundpfeiler unseres Wohlstands und unserer Wirtschaftsordnung;
- bekämpft den immer dreisteren Raubzug der Linken und Grünen gegen das Privateigentum;
- will die finanzielle Privatsphäre, das Bargeld und das Bankkundengeheimnis im Inland bewahren;
- verlangt mehr Freiheit für Eigentümer, Mieter und Vermieter;
- fördert den Zugang zum Wohneigentum, bekämpft die Steuerprogression und verlangt, dass die Vermögenssteuer nicht höher als das Einkommen aus diesem Vermögen ist;
- verteidigt auch das geistige Eigentum als wichtigen Teil einer gesunden Eigentumsordnung;
- fordert die Abschaffung der ungerechten Eigenmietwertbesteuerung.



Raumplanung und Bauen

Entwicklungsmöglichkeiten behalten, Bürokratie vermeiden

Eine realitätsnahe Raumplanungspolitik steht in engem Zusammenhang mit einer realistischen Migrationspolitik, die auf einer massvollen und selbstgesteuerten Zuwanderung beruht. Im Lichte der Gemeindeautonomie sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden innerhalb und ausserhalb der Bauzonen zu erhalten. Heimat- und Denkmalschutz soll Entwicklungsmöglichkeiten nicht gänzlich verhindern. Dasselbe gilt bezüglich der neuen links-grünen Religion der (vermeintlich) Klimaschutzmotivierten Bauvorschriften. Unternehmerisch handelnde Bauern sind auf eine Raumplanung angewiesen, die ihnen weiterhin zukunfts- und marktorientierte Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Dem Regulierungswahn und der überbordenden Bürokratie ist nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb der Bauzonen Einhalt zu gebieten.

Richtplanung

Richtplanung ist ein übergeordnetes Planungselement, das raumwirksame Aktivitäten wie zum Beispiel die Entwicklung von Siedlung, Verkehr und Infrastruktur für einen mittelfristigen Zeitraum (20 bis 25 Jahre) koordinieren soll. Der kantonale Richtplan wurde mit jeder der zahlreichen Revisionen der letzten Jahre umfangreicher, detailversessener und komplizierter. Links-Grün bemüht sich mit aller Akribie, das eigene Parteiprogramm bereits auf Stufe der Richtplanung einfließen zu lassen (Stichworte etwa: Parkplatzabbau, Klimavorschriften, Velowahnsinn). Dem ist mit Nachdruck Einhalt zu gebieten. Richtpläne sollen für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons wieder lesbar und nachvollziehbar sowie auf ihre Rolle als strategisches Planungsinstrument zurückgeführt werden. Bürokratie ist bereits auf Stufe Richtplanung zu vermeiden. Die SVP setzt sich für eine schlanke und auf das Wesentliche reduzierte Richtplanung ein, welche auch den Gemeinden wo immer möglich Entscheidungs- und Handlungsspielräume belässt.

Heimatschutz und Denkmalpflege

Sinn und Zweck des Heimatschutzes im übertragenen Sinn ist der Schutz der Schweiz in ihrer natürlichen und geschichtlichen Eigenart. Baudenkmäler zeugen davon, wie einst gebaut, gearbeitet und gelebt wurde. Sie erinnern an historische Ereignisse, soziale oder technische Errungenschaften sowie künstlerische Leistungen. Baudenkmäler sind in kultureller



und in wirtschaftlicher Hinsicht (Tourismus) relevant. Die SVP setzt sich für den «visuellen» und kulturellen Schutz der Schweiz und somit unserer Heimat ein. Denkmalpflege und Ortsbildschutz sind in der Schweiz in erster Linie eine Aufgabe der Kantone. Die SVP setzt sich dafür ein, dass Regelungen über den Ortsbildschutz, die Pflege und den Erhalt von Objekten, Landschaften und weiteren Denkmälern in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden erlassen werden. Die Kompetenzen über massgebende Entscheidungen sollen möglichst direkt bei den Gemeinden verbleiben.

Weniger Bauland, knappes Gut – verdichtetes Bauen

Bauland ist ganz besonders im Kanton Zürich zu einem knappen Gut geworden. Die SVP unterstützt deshalb auf der Angebotsseite grundsätzlich die Bestrebungen zum verdichteten Bauen, um mit der erhöhten Ausnützung das Angebot an Geschossflächen trotz Einfrieren der Bauzonen zu erhöhen. Andererseits ist jedoch auf der Nachfrageseite eine Abkehr von der masslosen Einwanderungspolitik anzustreben, weil die Einwanderung der grosse Treiber des stark wachsenden Flächenbedarfs ist. Die Baulandbeschränkung erfordert zukünftig ein vermehrtes Augenmerk auf die Balance der Flächen für die einzelnen Nutzungsarten wie Wohnen, Dienstleistung, Gewerbe und Industrie. Das Erhalten von Industrie- und Gewerbebezonen als Grundlage für die Produktion von einheimischen Erzeugnissen und die Erbringung von Dienstleistungen wird als wichtig anerkannt. Die Verdichtung zu Wohn-

zwecken soll deshalb grundsätzlich in den bestehenden Wohnzonen erfolgen, an geeigneten Orten auch durch Bauen in die Höhe. Der Erwerb eines Eigenheims soll auch für eine breite Bevölkerungsschicht realisierbar bleiben.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, selbst Wohnungen zu bauen. Der Staat hat hingegen günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Private auch genügend Wohnraum zur Verfügung stellen können. Die sich immer mehr ausbreitende staatliche Verbots- und Vorschriftskultur wirkt kontraproduktiv und verteuert das Bauen. Eine politisch gewünschte





Lenkung der Bautätigkeit hat durch das Schaffen von Anreizen für eigenverantwortliches Handeln zu erfolgen, was eine raschere Umsetzung von Bauprojekten ermöglicht und damit auch das Angebot an Wohnraum ansteigen und die Preise sinken lässt.

Bauen in Zeiten des Klimawandels

Klimaschonendes Bauen soll mit Anreizen gefördert werden. Die Linken und Grünen wollen dagegen die Bauherrschaften mit Vorschriften und Verordnungen drangsalieren. Mittels Anreizen können auch finanziell schwächere Bauherrschaften

darin unterstützt werden, klimaschonend zu bauen. Wer heute eine Photovoltaikanlage erstellt, tut dies meistens nur für den Eigenverbrauch. Die verfügbare Fläche wird deshalb nur ungenügend ausgenutzt, da es sich für den Ersteller in der Regel nicht lohnt, überschüssige Energie (Elektrizität) ins übergeordnete Netz einzuspeisen. Künftig scheint es wichtig, dass die gesamte verfügbare Fläche für Photovoltaikanlagen ausgenutzt wird und überschüssige Energie ins übergeordnete Netz abgegeben werden kann. So kann ein wirkungsvoller Beitrag zur Energiesicherheit geleistet werden.

Die SVP setzt sich für Anreize beim klimaschonenden Bauen ein. Das Erstellen von Photovoltaikanlagen soll unter maximaler Ausnutzung der jeweils zur Verfügung stehenden Fläche ermöglicht werden.

Gemeindeautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten für Gemeinden erhalten

Im Kanton Zürich existieren gleichermassen grosse städtische Zentrumsgebiete wie auch kleinräumige ländliche Strukturen und Gemeinden. Die Unterschiede in der Dichte sowie bezüglich Nachbarschaftsinteressen usw. sind im Kanton Zürich sehr gross. Was in der Innenstadt von Zürich geregelt sein muss, benötigt es auf dem Land wohl kaum. Der Kanton soll Vorgaben und Vorschriften nur unter Berücksichtigung dieser grossen Unterschiede erlassen und sich dabei stets darum bemühen, den Gemeinden in jeder Hinsicht den jeweils grösstmöglichen Spielraum zu belassen.

Die Zürcher SVP

- will dem Regulierungswahn und der überbordenden Bürokratie in der Raumplanung Einhalt gebieten, dies innerhalb und ausserhalb der Bauzonen;
- setzt sich für eine schlanke und auf das Wesentliche reduzierte Richtplanung ein, welche auch den Gemeinden wo immer möglich Entscheidungs- und Handlungsspielräume belässt;
- setzt sich für den «visuellen» und kulturellen Schutz der Schweiz und somit unserer Heimat ein;
- will Kompetenzen über massgebende Entscheidungen im Heimatschutz und Denkmalschutz möglichst direkt bei den Gemeinden ansiedeln;
- unterstützt auf der Angebotsseite grundsätzlich die Bestrebungen zum verdichteten Bauen;
- will den Erwerb eines Eigenheims für eine breite Bevölkerungsschicht realisierbar machen;
- setzt sich für Anreize beim klimaschonenden Bauen ein;
- will das Erstellen von Photovoltaikanlagen unter maximaler Ausnutzung der jeweils zur Verfügung stehenden Fläche ermöglichen;
- will den Gemeinden bei der Regelung der Raumpläne in jeder Hinsicht den jeweils grösstmöglichen Spielraum belassen.



Wirtschaft und Werkplatz

Verbesserung der Standortqualität ist Dauerauftrag: Mittelmass darf nicht länger genügen!

Die Regierung hat keinen wichtigeren Auftrag als die ständige Verbesserung der Bedingungen für Wirtschaft und Gewerbe. Denn von ihnen hängt der allgemeine Wohlstand ab. Obwohl man in einem Wettbe-

werb nicht einmal gut, sondern lediglich besser als die Konkurrenz sein muss, lässt es die Zürcher Regierung seit Jahren am nötigen Ehrgeiz fehlen und begnügt sich mit Mittelmass. So wird beispielsweise nichts unternommen gegen das massive Wachstum des Staatspersonals, und um dieses bei Laune zu halten, erhöht der Regierungsrat die Löhne deutlich stärker, als es im Verhältnis zur Teuerung angemessen wäre.

Die Finanzkrise von 2008 und die Corona-Pandemie stellten auch für die Zürcher Volkswirtschaft enorme Herausforderungen dar. Doch anstatt zu regieren und tatkräftig für die Interessen des Kantons einzustehen, fiel dem Regierungsrat nichts Besseres ein, als beim Bund um eine – temporäre! – Erhöhung der Mehrwertsteuer nachzusuchen, was glücklicherweise abgelehnt wurde.

Natürlich ist die Steuerbelastung nicht der einzige Faktor für einen Standortentscheid. Aber es ist ein sehr wichtiger und vor allem ist es der Faktor, der sich am schnellsten und einfachsten beeinflussen lässt. Steuern können jederzeit gesenkt werden und wenn die sinkenden Einnahmen ein Schrumpfen des Verwaltungsapparats, dessen «Kreativität» sowie der Bürokratie zur Folge hat, dann ist das umso besser.

Der Kanton Zürich ist die wirtschaftlich stärkste Region der Schweiz und trägt mehr als einen Fünftel zur Schweizer Wertschöpfung bei. Zürcher Wirtschafts-

politik ist damit immer auch Bundespolitik. Deshalb muss sich der Kanton Zürich kraftvoll in die wirtschaftspolitische Debatte in Bundesbern einbringen. Er sollte sich endlich wieder auf die Werte besinnen, die ihn wirtschaftlich zur unangefochtenen «Nummer 1» der Schweiz machten, und diese wieder leben. Das peinliche Lamentieren über den «Anti-Zürich-Reflex» bringt weder dem Kanton noch der Eidgenossenschaft etwas.

Die schwindende, aber noch vorhandene Stärke unseres Finanzplatzes muss gegen alle Druckversuche von EU, OECD und konkurrierenden Finanzplätzen konsequent verteidigt werden: Die freiwillige Aufgabe regulatorischer Trümpfe (fiskalische Attraktivität, liberales Aufsichtsrecht, pragmatische Beziehung zwischen Finanzsektor und Regulationsbehörde, auf Eigenverantwortung beruhendes Vertragsrechtsverständnis, Schutz der Kunden-Privatsphäre usw.) schwächt nicht nur den Finanzplatz, sondern die gesamte Volkswirtschaft. Finanz- und Werkplatz sind dabei nicht gegeneinander auszuspielen. Sie ergänzen sich zum leistungsstarken, partnerschaftlichen Wirtschaftsstandort Zürich.



Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft

Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung müssen wieder anerkannt und gefördert werden. Unternehmen müssen Gewinn erzielen, um ihrer Verantwortung nachhaltig und langfristig nachkommen zu können. Die wahren «Sozialarbeiter» in unserem Land sind tüchtige Unternehmer, Gewerbetreibende und Handwerker. Sozial und moralisch handeln nicht jene, die – fürstlich besoldet – das Geld anderer verteilen; wirklich sozial handelt, wer Arbeitsplätze schafft und in Eigenverantwortung für sich und die Seinen sorgt.

Die «Vergewerkschaftlichung» des Arbeitsmarktes ist abzulehnen. Die Anpassungen an die EU sind schädlich. Unter dem Deckmantel «flankierende Massnahmen» haben sich die Verbände der Sozialpartner so arrangiert, dass sich zwar ihre Kassen füllen, jedoch die Standortqualität, also alles, wodurch sich die Schweiz bisher von der Konkurrenz abhob, Schaden nimmt. Langsam, aber stetig.

Digitalisierung zulassen

Es ist eine Binsenwahrheit, dass Computer und Informationstechnologie in unserem Leben einen immer grösseren Platz einnehmen. Nicht wegen, sondern trotz staatlicher Massnahmen mischen Schweizer Unternehmen dabei an der Weltspitze mit. Auch im Bereich der Digitalisierung legt der Staat der Wirtschaft leider allzu oft Steine in den Weg. Anstatt etwa die Finanzbranche mutig und mit Pioniergeist in neue Gebiete vordringen zu lassen, sieht man vor allem Gefahren und



trifft Vorkehren zu deren Abwehr, die viel mehr kosten als sie bringen.

Die gegen den Widerstand der SVP beschlossenen nationalen Innovationsparks, wie zum Beispiel in Dübendorf, müssen nun beweisen, dass sie tatsächlich als Beschleuniger für marktfähige Innovationen der Unternehmen dienen. Es muss gelingen, die Unternehmungen mit der Wissenschaft zu verbinden mit dem Ziel, die vorhandenen Ressourcen effizient und effektiv zur Erkennung und Realisierung von Innovationspotenzial einzusetzen. Die SVP erwartet nun messbare Erfolge und den versprochenen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Um die Möglichkeiten zu nutzen, braucht es ein ausgewogenes Zusammenspiel von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Wo bei sich Letzterer sehr zurückhalten sollte, denn sowohl auf Bundes- wie auf Kantonsebene gibt es kaum ein IT-Projekt, das reibungslos den gewünschten Erfolg brachte. Probleme und Kostenüberschreitungen sind oftmals die Regel und nicht die Ausnahme.

Hinzu kommt, dass Parolen zur Förderung der «Digitalisierung» hohl wirken, wenn die gleichen Behördenvertreter, die sie verbreiten, auch dazu aufrufen, zum Stromsparen gemeinsam zu duschen und die Häuser weniger zu heizen.

Digitalisierung beginnt bei der Bildung

Der Umgang mit Innovations- und Kommunikationstechnologien (IKT) muss bereits in der Primarschule vermittelt werden. Im Vordergrund steht dabei die Förderung einer Medienkompetenz bei Kindern, die den verantwortungsbe-

wussten Umgang mit IKT ermöglicht. Die Ausbildung auf allen Stufen muss die Menschen zudem befähigen, kompetent Folgen einzuschätzen und darauf basierende Entscheide zu fällen.

Die Zürcher SVP

- will, dass der Kanton Zürich in allen relevanten Bereichen zu den Besten gehört;
- verlangt, dass die Regierung wieder zu dem Ehrgeiz zurückfindet, der dem Kanton und dem Land Wohlstand bescherte;
- bekämpft den Filz von parastaatlichen und staatsnahen Institutionen, die im Grund zur Staatsquote zählen;
- verlangt, dass sich Selbstverantwortung und unternehmerische Leistung wieder lohnen;
- wendet sich gegen die «Vergewerkschaftlichung» des Arbeitsmarktes;
- unterstützt den Finanzplatz als besonders wertschöpfenden Teil des Zürcher Wirtschaftsstandortes;
- ist im Kanton als stärkste Partei Garant für einen starken Wirtschafts- und Werkplatz Zürich, der über einen Fünftel der Schweizer Wertschöpfung erarbeitet;
- setzt sich für ein freies Internet ein, bei dem staatliche Eingriffe nur bei Verbrechen erfolgen;
- bringt sich aktiv in die Diskussion bezüglich der Chancen und Gefahren der Digitalisierung ein und gestaltet durch ihre Entscheidungen den Rahmen mit;
- unterstützt selbstverantwortliche Menschen und Firmen, welche die Möglichkeiten der Digitalisierung ohne staatliche Gängelung nutzen;
- widersetzt sich der Einführung des «E-Votings» auf allen Stufen;
- wendet sich gegen ein «Bundesamt für Digitalisierung» und die stetig steigenden Zentralisierungsansprüche aus Bundesbern;
- befürwortet die Förderung des kompetenten, verantwortungsbewussten Umgangs mit der Digitalisierung bereits ab der Primarschule;
- unterstützt die wissenschaftliche Grundlagenarbeit des ETH-Bereichs, der Universitäten und Fachhochschulen sowie den Wissenstransfer in Gesellschaft und Wirtschaft;
- steht zur Selbstverantwortung und privaten Risikobereitschaft im Bereich der Digitalisierung.

Öffentliche Finanzen und Steuern

A close-up photograph of a person's hands holding a black leather wallet. The wallet is open, revealing several Euro banknotes of various denominations (10, 20, 50, 100) tucked inside. The person is wearing blue jeans and a light green t-shirt. The background is plain white.

**Schluss mit der Bürokratisierung
aller Lebensbereiche**

Für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Zürich sind gesunde Kantonsfinanzen von zentraler Bedeutung. Nur ein finanziell gesunder und starker Kanton Zürich kann nachhaltig attraktive Rahmenbedingungen gewährleisten.

Die von Links-Grün durchgesetzte und angestrebte Bürokratisierung aller Lebensbereiche auf Kosten der Selbstverantwortung hat dem Kanton Zürich massiv geschadet: Unablässig steigende Sozial-, Gesundheits- und Bildungsausgaben in Zeiten ausgeprägter politischer und wirtschaftlicher Unwägbarkeiten gefährden den Wirtschaftsstandort Zürich ernstlich.

Umso wichtiger ist heute haushälterische Disziplin, die den Schuldenabbau beschleunigt und Steuererleichterungen ermöglicht – in Zeiten spürbar wachsender Belastung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch aller Unternehmen, vor allem durch massive Verteuerung der Energiekosten.

Ausgeglichene Staatsfinanzen, unabhängig von ausserordentlichen Ereignissen, sind heute wichtiger denn je.



Die Mär vom schlanken Staat

In der Tat findet man im internationalen Vergleich viele Staaten und Regionen, die schlechter dastehen als der Kanton Zürich. Zürich darf sich indessen nicht an schlechten Beispielen messen. Es muss und will sich im internationalen Standortwettbewerb in der Spitzengruppe behaupten. Das verlangt zwingend nach Abbau von Gebühren, Abgaben und Steuern. Berücksichtigt man alle obrigkeitlich auferlegten Abgaben (also inkl. Krankenkassenprämien, zweiter Säule und obligatorischer Unfallversicherung), dann befindet sich die Schweiz bloss im Mittelfeld der OECD-Staaten. Um diese Position zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der aus Zürich operierenden Unternehmen zu verbessern, ist die Bürokratisierung aller Lebensbereiche (Vorschule, Schule, Verkehr, Sozialhilfe, Kultur, Gesundheitsversorgung, Bauwesen, Raumplanung, Ressourcenschutz bis hin zur zunehmend ausufernden Bevormundung sämtlicher Einwohner bezüglich Ernährungsgewohnheiten und persönlicher Lebensgestaltung usw.) dringend rückgängig zu machen.

Die dafür inflationär vermehrten Funktionärsstellen sind zu beseitigen, zumal diesen professionellen Bevormundern der Bevölkerung «ergebnisoffenes», also zielloses Gestalten zugestanden wird. Da werden in Wahrheit gut bezahlte Staatsstellen von Linken und Grünen ihrer politischen Klientel zugehalten. Auch die gravierende Vermehrung beigezogener Berater, mit deren Hilfe sich gewählte Amtsträger von Verantwortung zu entlasten suchen, ist zu stoppen.

Mit diesen Zielsetzungen vor Augen kämpft die SVP für einen kostengünstigen, schlanken Staat. Dafür muss auf der Ausgabenseite und bei den zu komplizierten Strukturen angesetzt werden. Auch darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um damit ständig erweiterte Staatsaufgaben und obrigkeitliche Bevormundungs-Marotten zu finanzieren.

Beschränkung der Staatsaufgaben ist die beste Gewähr dafür, dass der Staat nicht immer dreister die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger beschneidet.

Solide Staatsfinanzen als Standortfaktor

Stabilität und Berechenbarkeit sind und bleiben sowohl für Private als auch für Unternehmen zentral. Um dies zu erreichen, orientiert sich die Finanzpolitik der Zürcher SVP an folgenden Grundsätzen:

- Die Fiskalquote muss kurzfristig stabilisiert, ab 2023 Schritt für Schritt gesenkt werden. Analog zum Steuermonitoring ist als Ergänzung ein jährlicher Bericht zur Gesamtbelastung (Staatsquote) vorzulegen, der auch den Kostendeckungsgrad aufzeigt. Auf dieser Basis können gezielte Senkungen von Abgaben und Gebühren eingefordert werden.
- Die Zürcher Staatssteuer muss von heute 99 Prozent auf 97 Prozent ab 2024 reduziert werden. Das kommt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute.

- Die Fremdverschuldung des Kantons Zürich muss reduziert werden. Dies ist für die Sicherung des AAA-Ratings, das günstige Refinanzierungsmöglichkeiten erlaubt, unabdingbar. So wird das Risiko erhöhter Kapitalkosten angesichts offensichtlich steigender Zinsen reduziert. Die Fremdverschuldung kann auch durch gezielte Desinvestitionen erreicht werden. Beim gesamten Immobilienbesitz des Kantons Zürich (Verwaltungs- und Finanzvermögen) gilt es periodisch zu prüfen, ob Verkäufe angezeigt sind.



Privatpersonen als wichtige Steuerkundschaft pflegen

Die steuerliche Attraktivität des Kantons Zürich ist auch für Privatpersonen zu steigern: Die Vermögenssteuer ist so auszugestalten, dass sie nicht zu Lasten der Substanz geleistet werden muss.

Finanzausgleich redimensionieren, Steuerwettbewerb erhalten

Für Föderalismus eintretend, will die SVP an der Steuerhoheit des Kantons und der Gemeinden unbedingt festhalten. So bleibt der Steuerwettbewerb zugunsten der Steuerzahler erhalten. Und träge Gemeinwesen werden gezwungen, eine Politik zugunsten der Bürgerinnen und Bürger anstatt der Verwaltung zu verfolgen.

Teilweise negative Auswirkungen des Steuerwettbewerbs werden durch den Finanzausgleich auf Stufe Bund und Kanton korrigiert. Allerdings benachteiligt der heute praktizierte Finanzausgleich zwischen den Kantonen die wenigen Geberkantone deutlich. Zu diesen gehört auch der Kanton Zürich. Er hatte 2022 für diesen Finanzausgleich 497 Millionen Franken aufzubringen.

Wettbewerbsfördernde Korrekturen sind unverzichtbar

Der Finanzausgleich innerhalb des Standes Zürich sorgt dafür, dass auch Gemeinden abseits der Zentren ihre Grundaufgaben wahrnehmen und ihre Autonomie bewahren können. Während so den Bedürfnissen kleinerer Gemeinden angemessen



Rechnung getragen wird, ist der Zentrumslastenausgleich zugunsten der Städte Zürich und Winterthur aufgrund des grösseren Steuersubstrats in diesen Städten nach wie vor nicht gerechtfertigt. Er ist als Instrument des kantonalen Finanzausgleichs aufzuheben.

Damit mehr zum Leben bleibt

Die derzeitige Bedrohung des Wohlstands und der Arbeitsplätze lässt sich nur aufhalten, wenn sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen wieder freier über ihre finanziellen Mittel verfügen können. Heute müssen die Zürcherinnen und Zürcher rund die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten.

Nur durch die spürbare Senkung von Steuern und Abgaben lassen sich mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und mehr Lehrstellen finanzieren. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert nachdrücklich steuerliche Entlastungen für alle.

Mit dem staatlichen Gebührenmonopol werden allzu oft Gebühren willkürlich und ohne jede demokratische Legitimation erhöht. Auslegungsfragen sind konsequent zugunsten der abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen zu beantworten.

Die Zürcher SVP

- ist beunruhigt, weil Bürgerinnen und Bürger infolge sich ständig ausweitender, teurer Bevormundung durch die Staatsbürokratie in ihrer Freiheit zunehmend eingeschränkt werden;
- will eine faktische Fiskalquote von bald 50 Prozent als Folge scheinbar unaufhaltsamen Wachstums der Staatsverwaltung nicht länger hinnehmen;
- verlangt die sofortige Stabilisierung und ab 2023 das Sinken der Fiskalquote sowie die Reduktion der Fremdverschuldung im Kanton Zürich;
- fordert die Begrenzung der Vermögenssteuer auf 25 Prozent des Nettovermögensertrags des im Kanton Zürich steuerbaren Vermögens;
- verlangt, dass der nationale Finanzausgleich (NFA) zugunsten der Geberkantone eine substanzielle Reform erfährt;
- verlangt eine klare Eigentümerstrategie unter Ausschluss der Staatsgarantie für Geschäfte und Private ausserhalb des Kantons Zürich (EKZ und Axpo), die Staatsgarantie ist zu hinterfragen;
- will Steuern, Gebühren und Abgaben für alle senken.

Sicherheit und Justiz



Kriminelle härter bestrafen

Die Schweiz galt einst als sicherstes Land der Welt. Heute gefährden schwere Straftaten gegen Leib und Leben, Krawalle, Einbrüche, Diebstähle, Drohungen und eine hohe Ausländerkriminalität die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Viele Frauen, ältere Menschen, aber auch Junge trauen sich abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Gemäss der Zürcher Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 ist zwar bei den leichteren Straftaten eine leichte Abnahme zu verzeichnen, dies aber vor allem wegen der Massnahmen gegen die Verbreitung der Corona-Pandemie. Denn die Leute blieben mehr zu Hause, Clubs und Bars waren weitgehend geschlossen und es gab praktisch keine Grossveranstaltungen.

Hingegen haben schwere Delikte wie Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Raubdelikte, Erpressungen und Betrugsfälle zum Teil massiv zugenommen, ebenso die Cyber- und digitale Kriminalität. Die SVP fordert eine härtere Bestrafung der Verbrecher und Delinquenten. Die Interessen und Bedürfnisse der Opfer sind höher zu gewichten als jene der Straftäter.

Verschärfung des Jugendstrafrechts

Besonders besorgniserregend ist seit Jahren der massive Anstieg der Jugendkriminalität – vor allem in den Bereichen Raub und Erpressung mit Gewaltanwendung, Verletzung der sexuellen Integrität, sexuelle Belästigung sowie Mobbing in der Schule und über soziale Medien. Massive Gewalt, gepaart mit erschreckender krimineller Energie, wird zunehmend von Gruppen, oft ausländischer Herkunft, gegen willkürlich «ausgewählte» Opfer angewendet. Auch wenn die Opfer bereits hilflos am Boden liegen, werden sie oft weiterhin mit Schlägen und Fusstritten traktiert.

Die SVP fordert eine Verschärfung des Jugendstrafrechts nach folgenden Schwerpunkten:

1. Bei besonders schweren Straftaten sind generell unbedingte Strafen auszusprechen.
2. Wird eine Massnahme (Heimeinweisung) angeordnet und kooperiert der jugendliche Täter nicht, so muss der Vollzug der Freiheitsstrafe auch in einem Gefängnis möglich sein.
3. Der maximale Freiheitsentzug von vier Jahren für Jugendliche ist massgeblich zu erhöhen.
4. Bei besonders schweren Straftaten müssen Jugendliche auch nach dem Erwachsenenstrafrecht beurteilt werden können.

Zeitbombe Ausländerkriminalität

Laut Bundesamt für Statistik sind die Gefängnisplätze in unserem Land zu rund 70 Prozent durch Ausländer belegt – neu eingebürgerte Schweizer nicht mitgerechnet. Der Ausländeranteil der strafgesetzlich Verurteilten beträgt im Kanton Zürich gut 50 Prozent und bei schweren Fällen, beispielsweise im Betäubungsmittelbereich, rund 75 Prozent. Mit dem Abbau der Grenzkontrollen aufgrund des Schengen-Vertrags hat sich die Situation diesbezüglich eindeutig verschlechtert. Darum muss die Schweiz ihre Grenzen wieder besser kontrollieren. Die Zürcher SVP hat zudem erreicht, dass die Polizei in ihren Meldungen die Nationalität von Tätern und Opfern wieder nennen muss.



Classe politique verweigert Volksauftrag

2010 haben Volk und Stände der SVP-Volksinitiative zur Ausschaffung ausländischer Verbrecher zugestimmt. Bundesrat und Parlament haben den Auftrag des Souveräns aber mit einer «Härtefallklausel» verwässert. So können die Gerichte weiterhin nach eigenem Gutdünken entscheiden, ob ein Straftäter ausgeschafft wird. Die daraufhin von der SVP lancierte Durchsetzungsinitiative hat der Souverän abgelehnt, weil er auf die Versprechen von Mitte-links hereingefallen ist. Diese hatten versichert, sie würden die Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umsetzen und die «Härtefallklausel» nur in Einzelfällen anwenden.

Dank dem Druck der SVP werden heute aber immerhin mehr Ausschaffungen vollzogen als früher. Es bleibt jedoch das grosse Problem, dass die Staatsanwälte die «Härtefallklausel» eigenmächtig umgehen, indem sie Strafen unter sechs Monaten nicht mit einer Landesverweisung ahnden. Diese Praxis ist unverzüglich zu ändern.

Mehr Polizeipräsenz

Die SVP unterstützt die Polizei in ihrer anspruchsvollen Aufgabe, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es ist untragbar, dass Polizisten wegen einer links-grünen politischen Führung gegen Sachbeschädigungen und Gewaltausschreitungen nicht einschreiten dürfen. Noch schlimmer sind die lebensgefährlichen Angriffe auf Ordnungshüter oder Sanitäter durch linksextreme Chaoten,





Hooligans oder Ausländergruppen. Jeder Angriff auf einen Polizisten ist ein Angriff auf die öffentliche Ordnung. Die SVP hat massgeblich beigetragen zum Verhüllungs- und Vermummungsverbot im öffentlichen Raum beziehungsweise bei Demonstrationen und verlangt dessen konsequente Durchsetzung. Ebenso fordert sie einen frühzeitigen Einsatz gegen Hausbesetzungen und Hooliganismus. Die Polizei muss das Gewicht auf eine hohe Präsenz zum Schutz der Bevölkerung legen – nicht auf administrative Büroaufgaben und auf das Bussenverteilen zugunsten der Staatsfinanzen.

Straffung der Gerichtsorganisation

Ein wirksames Mittel gegen die Kriminalität ist eine effiziente, rasche und dennoch rechtsstaatlich einwandfreie Gerichtsorganisation. Je kürzer die Zeit zwischen Tat und Verurteilung, desto höher ist der Abschreckungseffekt – gerade auch für international tätige Verbrecherbanden. Im Kanton Zürich herrscht teilweise eine eigentliche «Gammeljustiz» mit viel zu langen Verfahren. Oft schöpfen Richter das mögliche Strafmass nicht aus. Die SVP verlangt, dass die Richter über ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen müssen und von den Parlamenten bezüglich ihrer quantitativen und qualitativen Arbeit besser beaufsichtigt werden.

Keine Verhätschelung von Straftätern

Die Links-Grünen betrachten Täter in erster Linie als «Opfer der Gesellschaft». Deshalb muss die Bevölkerung für

untaugliche, überaus teure Resozialisierungsmassnahmen aufkommen, von denen eine eigentliche Betreuungsindustrie profitiert. Hier fordert die SVP ein Umdenken: Strafe muss primär Sühne sein und dem Schutz der Gesellschaft dienen. Die Gerichte müssen den ihnen zur Verfügung stehenden Strafraumen ausnutzen und gemeingefährliche und rückfallgefährdete Sexual- und Gewaltstraftäter verwahren.

Ein Gefängnis ist kein Hotel, in dem man auf die Wünsche jedes Insassen eingeht – etwa bezüglich Urlaubsregelung, Menüauswahl, sportlicher Betätigung usw. Der heutige Standard wirkt gerade auf ausländische Straftäter eher als Einladung denn als Abschreckung. Die SVP befürwortet das Bestreben, ausländische Häftlinge ihre Straftat im Ausland verbüssen zu lassen. Und für ausländische Verbrecher sind konsequent Einreiseperrn und Landesverweise auszusprechen.

Kein Schnüffelstaat

Bei allen Sicherheitsmassnahmen sind die Verhältnismässigkeit und der gesunde Menschenverstand zu wahren. Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre sind zu gewährleisten. Auch in der Bekämpfung des internationalen Terrors und der organisierten Kriminalität hat jeder Ansatz zu einem «Schnüffelstaat» gegen unbescholtene Bürgerinnen und Bürger zu unterbleiben. Sonst besteht die Gefahr, dass staatliche Funktionäre gemäss ihrer persönlichen politischen Einstellung Menschen überwachen,

in Datenbanken erfassen, die gesammelten Informationen missbrauchen oder die Privatsphäre verletzen. Die SVP fordert deshalb, dass die zuständigen Behörden beim Einsatz von verdeckten Ermittlern, Telefonüberwachung, versteckten Kameras und dergleichen Zurückhaltung üben.

Die Zürcher SVP

- fordert eine härtere Bestrafung Krimineller und ein rasches und rigoroses Eingreifen gegen Gewaltstraftäter;
- verlangt von den Richtern, dass sie ihren Spielraum für schärfere Strafen nutzen;
- fordert, dass die Landesgrenzen besser überwacht werden;
- verlangt eine Verschärfung des Jugendstrafrechts;
- fordert, dass die Gerichte die im Gesetz verankerte Ausweisung ausländischer Straftäter konsequent vollziehen;
- unterstützt die Polizei bei der Durchsetzung der öffentlichen Ordnung;
- fordert rasche Gerichtsverfahren;
- verlangt einen Strafvollzug, der Täter abschreckt statt verhätschelt;
- lehnt eine übertriebene Überwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger auf Kosten ihrer persönlichen Freiheit und Privatsphäre ab.



Sozialwerke

Sozialwerke sichern

Unsere Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind, und leisten so einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Voraussetzung dafür ist ihre langfristige, solide Finanzierung.

Das bewährte Dreisäulenmodell aus AHV, Rente und Erspartem muss Bestand haben. Die Diversifizierung in Umlageverfahren in der AHV

und Kapitaldeckungsverfahren in der Berufsvorsorge minimiert die finanziellen Risiken nämlich das. Dies ist nur auf der Basis solider Finanzierung möglich.

Die Generation, die im Jahr 2080 das AHV-Alter erreichen wird, ist bereits auf der Welt und hat ein Recht auf gesicherte Renten. Doch allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung wächst die Belastung für die Folgegenerationen. Das ist unsozial und Ausdruck der in «Bundesbern» herrschenden Verantwortungslosigkeit, dass wichtige Reformen auf die lange Bank geschoben werden und der «Gewinn» von ein paar Jährchen regelmässig als grosser Sieg gefeiert wird.

Die Vorstellung, die strukturellen Probleme liessen sich durch Zuwanderung lösen, ist aberwitzig. Niemand kommt in die Schweiz, um unsere Sozialversicherungen zu sanieren. Wer einzahlt, will auch irgendwann etwas zurück. Mit gutem Grund ist hierzulande die Betrugsmasche «Schneeballsystem» verboten. Es ist deshalb grotesk, dass genau nach diesem Konzept das Versagen der Politik korrigiert werden soll.

Mit der Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen wurde ein erster, zaghafter Schritt in die richtige Richtung genommen. Dabei darf es nicht bleiben: Auch die Erhöhung des Rentenalters darf kein

Tabu bleiben, zumal bereits heute viele über das Rentenalter hinaus arbeiten und ältere Beschäftigte mit ihrer Erfahrung einen grossen Nutzen für die Wirtschaft bringen können.

Leistungsfähige müssen bestmöglich in den Arbeitsmarkt integriert werden, damit sie ihren Unterhalt selbst verdienen, die Gemeinschaft nicht belasten und ein Leben in Würde führen können. Fehlanreize und Ungerechtigkeiten sind zu beseitigen.

Die Solidarität zwischen Leistungsfähigen und Bedürftigen muss ins rechte Lot gerückt werden. Es darf nicht sein, dass ein Rentner, der sein Leben lang AHV und andere Steuern bezahlt hat, weniger erhält als ein Asylbewerber oder maximal gleich viel wie ein in den Arbeitsmarkt Zugewanderter, der in der Summe niemals gleich viel einzahlen wird.

Arbeit zuerst!

Die Bemühungen der IV zur Eingliederung von Teilbehinderten oder Menschen, die von Invalidität bedroht sind, müssen weitergeführt werden. Je länger eine Person dem Arbeitsmarkt fernbleibt, desto kleiner ist die Chance, dass sie wieder Fuss fassen kann, selbst wenn die Gesundheit wiederhergestellt ist. Die Wirtschaft sollte wieder vermehrt Stellen für Leistungsschwächere bereitstellen. Dass sie dazu bereit ist, stellt sie immer wieder unter Beweis. Im Gegenzug hat sie der Staat von bürokratischem Ballast zu befreien. Nur eine florierende Wirtschaft kann dem Gemeinwohl dienen.

Anordnung von Leistungen durch das finanzierende Organ

Leistungen sollen von derjenigen Behörde zugesprochen werden, die für die Finanzierung verantwortlich ist. So ist etwa die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) in ihrer heutigen Form keine demokratische Behörde, sondern eine Verwaltungseinheit ohne jeden Sinn dafür, dass Geld erst erwirtschaftet werden muss, bevor es ausgegeben werden kann.

Die Zürcher SVP

- will unsere Sozialwerke langfristig sichern und retten statt ständig weiter ausbauen;
- fordert strukturelle Massnahmen zur Eindämmung des Wachstums einer Industrie, die von der Verwaltung sozialen Elends profitiert und darum kein Interesse an dessen Beseitigung hat;
- ist der Meinung, dass eine Erhöhung des Rentenalters kein Tabu sein darf;
- will die Befreiung der AHV-Renten von der Bundessteuer und anderen Steuern;
- bekämpft die staatliche Regulierungswut gegenüber den Pensionskassen;
- verlangt eine Stärkung des Kapitaldeckungsverfahrens in der zweiten Säule als wirkungsvolle Ergänzung der AHV;
- verfolgt bei der Invalidenversicherung das Ziel der frühen Wiedereingliederung und der Missbrauchsverhinderung;
- versteht die Sozialhilfe als möglichst vorübergehende Hilfe zur Selbsthilfe;
- fordert die Berücksichtigung der Gründe, die zur Notlage führten, und eine entsprechende Reduktion der Hilfeleistung bei Eigenverschulden;
- fordert mehr Kreativität bei der Unterstützung im Einzelfall;
- bekämpft die undemokratischen Strukturen der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und verlangt ein Mitbestimmungsrecht der zahlenden Gemeinden;
- verlangt die Beachtung der Grundsätze «Wer zahlt, befiehlt und wer befehlt, zahlt».



Einwanderungs- und Asylpolitik

Massenzuwanderung stoppen

Die Schweiz gehört zu den attraktivsten, weil leistungsfähigsten Ländern der Welt. Diese Stellung kann aber nur aufrechterhalten werden, wenn die Zuwanderung endlich strikter Kontrolle und deutlicher Beschränkung unterworfen wird.

Seit 2007 sind jährlich zwischen 60 000 und 80 000 Personen mehr in die Schweiz eingewandert als ausgewandert. Im Jahr 2022 wanderten gar rund 200 000 Personen in die Schweiz ein. Die unkontrollierte Masseneinwanderung vor allem von Migranten, die dem Land einzig Lasten verursachen, erschwert nicht nur die Integration, sie überfordert unsere gesamte Infrastruktur:

Überfüllte Spitäler, massive Qualitätseinbusse im Bildungswesen, explodierende Sozialhilfekosten und tägliche Verkehrszusammenbrüche illustrieren diese Überforderung täglich – gerade auch im Kanton Zürich.

So intensiv die mit der ungebremsten Masseneinwanderung in die Schweiz strömenden Ausländer insbesondere die attraktiven Sozial Einrichtungen im Kanton Zürich nutzen, so gravierend sind die Nachteile dieser Masseneinwanderung, welche die Schweizerinnen und Schweizer treffen – nicht nur als Steuerzahler.

Vollends unglaublich wird das stur auf EU-Vorgaben ausgerichtete bundesrätliche Laissez-faire in der Einwanderungspolitik angesichts der sich abzeichnenden Strom-Mangellage. Tatsache ist, dass sich der CO₂-Ausstoss pro Schweizer Haushalt seit der Jahrtausendwende um einen Drittel reduziert hat. Trotzdem steigt insbesondere der Stromver-

brauch in der Schweiz von Jahr zu Jahr – in allererster Linie wegen der vom Bundesrat geduldeten Masseneinwanderung.

Der Bundesrat reagiert mit lächerlichen Bevormundungsmassnahmen: weniger duschen, zu zweit duschen, Senkung der Zimmertemperaturen usw. Von der einzig wirksamen Massnahme – Stopp der Masseneinwanderung! – drückt er sich, obwohl Volk und Stände ihm am 9. Februar 2014 auf der Grundlage einer SVP-Initiative einen klaren Auftrag zur deutlichen Eindämmung der Masseneinwanderung erteilt haben.



Ziellose Migrationspolitik

Der Kanton Zürich, die Wirtschaftsmetropole der Schweiz, verzeichnet seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit 2007 eine jährliche Brutto-Einwanderung von 50 000 Ausländern. Diejenigen, die diese massive Einwanderung befürworten, begründen sie mit fehlenden Fachkräften. Es wandern allerdings kaum Fachkräfte ein. Bereits 2016 stellte eine Studie des Zürcher Amtes für Wirtschaft und Arbeit fest: Nur eine Minderheit von um die 25 Prozent der eingewanderten Ausländer sind in einem Beruf mit Fachkräftemangel tätig. Schweizweit sind es gar weniger als 20 Prozent. Der Fachkräftemangel verschärft sich von Jahr zu Jahr – weil die Masseneinwanderung vollkommen ungeprüft erfolgt. Es kommen Leute, die profitieren, nicht aber zum Erfolg der Schweiz beitragen wollen.

Forcierte Einbürgerung als Ausweg?

Mit zielstrebiger vorangetriebener Einbürgerung will Links-Grün die desaströse Ausländerpolitik des Bundes tarnen. Die Links-Grünen behaupten, die angeblich restriktive Einbürgerung sei schuld am hohen Ausländeranteil der Bevölkerung. Eine völlig haltlose Behauptung: Seit 2002 bürgert die Schweiz Jahr für Jahr zwischen 35 000 und 45 000 Ausländer ein. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Schon heute befindet sich die Schweiz in der Spitzengruppe der europäischen Länder bezüglich Einbürgerungsraten.

Auch im Kanton Zürich forciert Links-Grün die Massenein-

bürgerung, weil sie sich davon einen Stimmenzuwachs verspricht. Die Kehrseite dieser unsinnigen Politik: Eine wachsende Zahl Eingebürgerter erweist sich als kaum integriert. Viel zu viele «Neuschweizer» verstehen keine Landessprache. Nicht wenige werden bereits kurz nach der Einbürgerung straffällig. Gravierende Ausländerprobleme versucht Links-Grün schlicht und einfach «einzubürgern».

Nach Auffassung der SVP dürfen Ausländer erst nach langjährigem korrektem Verhalten eingebürgert werden. Die für die Einbürgerung erforderliche Frist darf erst dann beginnen, wenn die zugewanderte Person ihren Lebensunterhalt für sich und allenfalls ihre Familie aus eigener Leistung bestreitet. Und ausreichende Kenntnisse einer Landessprache sind zwingend erforderlich.

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer: Ohne Integration keine Einbürgerung!

Staatliche «Integrationsförderung»: Sündhaft teuer und nutzlos

Die Mitte und Links-Grün wollen die Nichtumsetzung des Volksentscheids gegen die Masseneinwanderung durch eine hektisch entfaltete Politik angeblicher Integrationsförderung – finanziert aus Steuergeldern – vergessen machen. Heerscharen von Funktionären (Sozialarbeiter, Psychologen, Therapeuten, Eingliederungs-Coaches usw.) lassen die Staatsbürokratie als Folge dieser Politik ins Unermessliche und ins Unbezahlbare auswuchern. Ergebnisse angeblicher Integrationsbemühun-

gen bleiben weitgehend aus. Denn Integration ist hauptsächlich Aufgabe der Zuwanderer selbst. Wer sich ihr verweigert, kann kein Bleiberecht beanspruchen. Schweizer Grundrechte wie zum Beispiel die Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter verlangen nach vorbehaltloser Anerkennung auch durch Zuwanderer.



Sozialleistungen und Familiennachzug beschränken

Die anhaltende Masseneinwanderung in unsere Sozialwerke überfordert unser Sozialversicherungssystem offensichtlich: Dreimal mehr Ausländer sind abhängig von Sozialhilfe als Schweizer. Der AHV droht deshalb bereits in absehbarer Zukunft offensichtliche Schieflage. Für die Arbeitslosenkasse stellt die Zuwanderung schon heute ein Verlustgeschäft dar. Grundfalsch und gefährlich ist die Annahme, nur durch die Zuwanderung junger Ausländer könnten unsere Sozialwerke noch finanziert werden. Wer sich mit dergestalt oberflächlicher Argumentation aus der drohenden Krise herauszumogeln versucht, unterschlägt, dass als Folge dieser seit Jahren anhaltenden Zuwanderung auch immer mehr Eingewanderte ins AHV- und Rentenalter kommen, dass es sich bei dieser Vermischung von Ausländer- und Sozialpolitik um nichts anderes handelt als um ein verheerende Wirkung zeitigendes «Schneeballsystem».

Nach Auffassung der SVP müssen deutliche Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen dafür sorgen, dass von Anfang an weit weniger Ausländer in die Schweiz einwandern. Wer nicht für sich selbst aufkommen kann und nur vom Staat leben will, darf in der Schweiz keine Bleibe erhalten.

Arbeitslosenentschädigung soll nur erhalten, wer während mindestens eines Jahres Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Für Fürsorgeleistungen müssen schweizweit Karenzfristen vorgegeben werden. Der Familiennachzug

darf nur jenen Personen erlaubt werden, die für nachgezogene Familienmitglieder aufkommen können und über eine Wohnung in erforderlicher Grösse verfügen.

«Sans-Papiers» sind wegzuweisen

Auch gegen die illegale Einwanderung und gegen illegalen Aufenthalt muss die Schweiz endlich durchgreifen. Personen, die über keine Aufenthaltsberechtigung verfügen («Sans-Papiers»), haben unser Land unverzüglich zu verlassen.

Die Zürcher SVP

- widersetzt sich kategorisch der ungeordneten Massenzuwanderung;
- fordert die deutliche Einschränkung von Sozialleistungen für per Familiennachzug in die Schweiz gelangte Ausländer;
- verlangt, dass Polizeimeldungen konsequent die Nationalität von Straftätern und Opfern aufführen;
- will, dass illegal Anwesende («Sans-Papiers») die Schweiz verlassen müssen;
- widersetzt sich allen Bestrebungen zur Erleichterung der Einbürgerung für kaum oder gar nicht integrierte Ausländer;
- will die Rekrutierung von der Wirtschaft dringend benötigter ausländischer Spezialisten aus Nicht-EU-Staaten ermöglichen.

Asylmissbrauch endlich konsequent bekämpfen

Die Schweiz bietet echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen weiterhin Aufnahme, Schutz und Sicherheit. Wirtschaftsmigranten, die unter Asylvorgabe in der Schweiz nur ein besseres Leben suchen, sind indessen zurückzuweisen.

Asylrecht und Asylmissbrauch

Unter dem Vorwand, Asyl zu begehren, findet in Tat und Wahrheit eine nicht enden wollende Zuwanderung von Personen statt, die vor allem von unserem Sozialstaat profitieren wollen. Organisiert wird dieses milliardenschwere Flüchtlings-Business von kriminellen Schlepperbanden einerseits, von den oft mit Schleppern kooperierenden Nichtregierungsorganisationen (NGO) andererseits. Eine veritable Mehrheit solcher Migranten ist laut Europol mit Hilfe des organisierten Verbrechens nach Europa gekommen. Selbst die UNO räumt ein, dass nur ein geringer Teil dieser Wirtschaftsmigranten als Flüchtlinge gelten können. Seit dem Entscheid europäischer Staatschefs im Herbst 2015, die Grenzen für die illegale Migration zu öffnen, fühlen sich Millionen Menschen aus dem arabischen Raum und aus Afrika nach Europa eingeladen. Schon 2015 kamen rekordhohe 40 000 Asylrecht beanspruchende Personen in die Schweiz. 2022 wurde dieser vermeintliche Rekord indessen mehr als verdoppelt. Diese Massenbeanspruchung von Asylrecht hat mit der Genfer Flüchtlingskonvention, die Asyl allein für an Leib und Leben Gefährdete reserviert, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Hohe Bleibequote und Sozialhilfe machen attraktiv

Mittlerweile dürfen über 60 Prozent aller Asylbewerber offiziell in der Schweiz bleiben. Fast die Hälfte davon erhält einen Flüchtlingsstatus und damit den vollen Zugang zu all unseren Sozialleistungen. Sie sind den Inländern, die hier Steuern, Abgaben und Beiträge entrichten, voll gleichgestellt. Jedem Migranten mit Flüchtlingsstatus stehen die gleichen Leistungen (Bargeldbeträge, eine Wohnung, die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge) zu wie den Inländern. Berücksichtigt man noch die Zusatzleistungen gemäss SKOS-Richtlinien (Krippenkosten, Zahnarztrechnungen, Haushaltsversicherung, Franchise und Selbstbehalt usw.) sowie die Steuerbefreiung der Sozialhilfe, so kommen Migranten in den Genuss von mehreren tausend Franken Sozialleistungen, ohne dass sie je eigene Beiträge an unsere Gemeinschaft leisten mussten.

Mehr als 85 Prozent der anerkannten Flüchtlinge sind von Sozialhilfe abhängig. Trotzdem steht ihnen das Recht auf Familiennachzug zu.

Beide Ansprüche gilt es einzuschränken. Ebenso den Zustand, dass, wer keine Asylgründe darzulegen vermag, als «vorläufig aufgenommen» trotzdem ein Bleiberecht erhält – fast ausnahmslos mit der schwammigen Begründung, dass die «Rückkehr unzumutbar» sei.

Wird ein Ausländer kriminell, dann ist sein Hierbleiben für unsere Gesellschaft unzumutbar – und das hat Vorrang. Hinter dem Tarnbegriff der angeblich «unzumutbaren Rückkehr»

verstecken sich so fadenscheinige Gründe wie «fehlendes soziales Netz», «keine gesicherte Existenz im Heimatland», «labile psychische Verfassung», «alleinstehende Frau in einem muslimischen Land» oder «alleinerziehende Mutter in einem Entwicklungsland», «hohe Arbeitslosenquote in der Herkunftsregion»: Gründe, die nichts mit dem völkerrechtlichen Non-Refoulement-Prinzip zu tun haben. Asyl bekommen diese Zehntausende zwar keines, aber bleiben dürfen sie trotzdem. Diese unhaltbare Entwicklung muss gestoppt werden. Teure Integrationsmassnahmen statt Rückweisung sind gegenüber Asylrecht missbrauchenden Wirtschaftsmigranten fehl am Platz.

Schengen/Dublin: Gescheitertes EU-Projekt

Gemäss Schengener Abkommen ist die EU für den konsequenten Schutz der EU-Aussengrenze zuständig. Solcher Schutz findet allerdings kaum statt.

Gemäss Dubliner Abkommen ist dasjenige EU-Land für Einwanderer zuständig, das als erstes betreten wird. Auch dieser Vertrag blieb wirkungsloses Papier. Rückweisungen ins sogenannte «Erst-Asylland» finden praktisch kaum statt.

Die Migranten suchen sich jene Länder in Westeuropa aus, die sie als Wunschländer bezeichnen: Deutschland, Österreich und die Schweiz.

Da die EU ihre Vertragspflicht missachtet, muss die Schweiz zwingend Grenzkontrollen einrichten und die Abwehr illegaler Einwanderung selbst übernehmen.



Sozialhilfekosten überfordern die Gemeinden

Der Bund übernimmt nur in den ersten Jahren mittels Pauschalen die Fürsorge für Flüchtlinge. Weil immer mehr Migranten unter Asylvorwand eintreffen, explodieren diese Kosten bereits beim Bund. Weil Integration nicht stattfindet, belasten die Sozialhilfekosten die Gemeinden umso gravierender – besonders jene mit grossen Migranten-Kolonien. Jetzt, da wirtschaftliche Stagnation herrscht und massive Verteuerung der Energiekosten Tatsache wird, wirken sich diese immensen Kosten um so lähmender aus. Statt dass Gelder für zukunftsweisenden Aufbruch eingesetzt werden können, werden aufgrund offenkundigen Asylmissbrauchs Milliarden verschleudert. Mit solchem Klumpfuss ist rasche Krisenbewältigung unmöglich.

Hilfsorganisationen und Sozialarbeiter bewirtschaften derweil die Illusion, dass mit Sozialleistungen, allerlei Kursen und Betreuungsprogrammen Asylmigranten in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Entsprechende Erfolge sind allerdings kaum sichtbar. All diese sündhaft teuren Anstrengungen beschäftigen Heerscharen von «ergebnisoffen», also ziellos dafür eingesetzten Funktionären.

Deren Aktivitäten sind einzustellen. Migranten, die hier einzig profitieren wollen, sind konsequent auszuweisen. Wer sich weigert, den eigenen Lebensunterhalt aufgrund eigener Leistung selbstverantwortlich aufzubringen, darf in der Schweiz keine Bleibe erhalten.

Unverändert hohe Kriminalitätsrate bei Asylbewerbern

Hohe Kosten verursachen – gerade auch im Kanton Zürich – auch die Kriminalitätsbekämpfung und der Strafvollzug, hervorgerufen durch unter Asylrechtsmissbrauch in die Schweiz gelangte Migranten. Diese verstossen um ein Vielfaches häufiger gegen die Schweizer Rechtsordnung, als dies Schweizer oder ihren Lebensunterhalt aus eigener Leistung bewältigende Ausländer tun. Wer notorisch gegen die Rechtsordnung eines Gaststaates verstösst, kann nicht wirklich an



Leib und Leben bedroht sein, sonst würde er die sichere Zuflucht nicht mit verbrecherischem Verhalten aufs Spiel setzen. Jedes Asylverfahren ist abzubrechen, wenn der Asylbegehrende kriminell aktiv wird.

Was nottut

Die Verantwortung für die Missbrauchsdundung in der Asylpolitik liegt beim dafür zuständigen Bundesamt und dessen fehlendem politischen Willen, ergangene Volksentscheide und für alle Einwohner geltende Gesetze endlich einheitlich umzusetzen. Das in der Verantwortung stehende Bundesamt, das Staatssekretariat für Migration, darf nicht zur Spielwiese für ehemalige Hilfswerkmitarbeiterinnen und -mitarbeiter verkommen. Es hat die geltenden Gesetze des Ausländer- und Asylrechts umzusetzen – nichts anderes!

Wer sich ohne Anspruch auf Asyl der Rückweisung widersetzt, ist mit Zwang auszuweisen

Illegale Einreise und illegaler Aufenthalt sind ebenso wie die Beihilfe dazu strafrechtlich konsequent zu verfolgen. Kriegsflüchtlingen soll insbesondere mittels Hilfe in ihrer Herkunftsregion geholfen werden. Die Schweiz beteiligt sich an verschiedenen internationalen Initiativen, insbesondere im Rahmen des Flüchtlingskommissariats der UNO (UNHCR). Im Blick auf das derzeitige Gerangel in der Welt ist diese humanitäre Hilfe zu Lasten der allgemeinen Entwicklungshilfe zu verstärken.

Verfahren verkürzen

Asylgesuche in der Schweiz dürfen sich für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnen. Die Asylverfahren sind massiv zu verkürzen, indem die Rekursmöglichkeiten eingeschränkt werden. Für Personen, die aus einem sicheren Drittstaat in die Schweiz einreisen, dürfen keine Asylverfahren mehr eröffnet werden. Diese sollen direkt in ein Wegweisungsverfahren gelangen, in dem lediglich die Zumutbarkeit der Rückführung auf der Basis des zwingenden Völkerrechts geprüft wird. Während

dieser Verfahren sollen die Asylbewerber in kontrollierten Zentren untergebracht werden und Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Handy-Daten sind auszuwerten. Wer sich nicht an diese Regeln und an die Schweizer Rechtsordnung hält, soll für die Zeit des Verfahrens in einem geschlossenen Zentrum untergebracht werden.

Asyl soll allein wirklich Verfolgten aus Staaten reserviert sein, die grundlegende Menschenrechte missachten.

Die Zürcher SVF

- widersetzt sich der Aufnahme von Wirtschaftsmigranten; Asyl soll weiterhin ausschliesslich echten Flüchtlingen gewährt werden;
- fordert die Einschränkung der Sozialhilfe auf lebensnotwendige Leistungen sowie des Rechts auf automatischen Familiennachzug auch für anerkannte Flüchtlinge;
- wendet sich gegen die laufende Ausweitung des Non-Refoulement-Prinzips unter der schwammigen Begründung angeblich «unzumutbarer Rückkehr»;
- verlangt, dass vorläufig Aufgenommene bis zur Rückkehr in ihr Herkunftsland nur noch Nothilfe erhalten;
- fordert, dass anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, die für Ferien oder Besuch in ihr Heimatland reisen, das Asylrecht unverzüglich aberkannt und die Ausreise verfügt wird;
- spricht sich für eigenständigen, wirksamen Grenzschutz gegen illegale Zuwanderung aus;
- wendet sich gegen teure Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene;
- verlangt den unverzüglichen Abbruch von Asylverfahren für Asylanten, die straffällig werden;
- will Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten das Recht auf ein Asylverfahren streichen;
- kämpft für eine massive Verkürzung der Asylverfahren mittels Einschränkung der Rekursmöglichkeiten gegen getroffene Entscheide.

Religionen



Einstehen für unsere Werte

Die SVP bekennt sich zur abendländisch jüdisch-christlichen Kultur der Schweiz. Auch die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Menschen, die der Staat zu gewährleisten hat, ist ein Produkt einer geistesgeschichtli-

chen Entwicklung, die tief in dieser Tradition verwurzelt ist. Dieses Erbe ist nicht verhandelbar.

Toleranz ist wichtig. Doch tolerant kann nur sein, wer Grenzen des nicht Tolerierbaren definiert und verteidigt. Eine Gesellschaft, die darüber hinausgeht, ist zum Untergang verdammt.

Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. So wenig Politiker von den Kanzeln predigen sollen, so wenig sollen Prediger von den Kanzeln politisieren. Kirchen, die sich lieber der Tagespolitik hingeben, anstatt Antworten auf die «ewigen Fragen» der Menschen zu liefern, sind überflüssig, und es ist verständlich, dass ihnen die Gläubigen in Scharen den Rücken zuwenden.

Religion und Politik sollen getrennte Bereiche sein und bleiben. Das gilt auch für den Islam. Niemand hat das Recht, aufgrund seiner eigenen religiösen Überzeugungen Regeln für das Verhalten seiner Mitmenschen abzuleiten.



Glaubens- und Gewissensfreiheit garantieren

Weder eine Partei noch der Staat soll die Mitmenschen auf Glaubensdinge verpflichten oder ihnen den «richtigen» Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern das freie Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit für die Verkündigung und die kirchlichen Tätigkeiten. Diese

Toleranz findet aber da Grenzen, wo Religionsgemeinschaften diese Toleranz verachten oder gar offen bekämpfen. Die Religions- und Glaubensfreiheit muss sich an unserer Rechts- und Werteordnung orientieren. Die Berufung auf verfassungsmässige Rechte entbindet nicht von der Einhaltung verfassungsmässiger Pflichten.

Hier gelten unsere Regeln

Genau wie wir uns als Gäste in anderen Kulturen den dortigen Regeln anzupassen haben, müssen wir im eigenen Land konsequent auf der Einhaltung unserer Regeln bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen nicht entstehen oder geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen. Dies gilt insbesondere für unsere Gerichte, die über den Weg der Anerkennung fremder Rechtsordnungen und -anwendungen den «Ordre public» missachten.

Die feige, eingeschüchterte Haltung gewisser Politiker, Journalisten und Kirchenvertreter ist bedenklich. Auch bei vielen Links-Grünen und sogar bei den Gleichstellungsbüros herrscht Schweigen. Die SVP übernimmt hier die Aufgabe, Entwicklungen zu bekämpfen, die die freiheitliche Ordnung und die christlich-abendländischen Werte der Schweizer Gesellschaft an der Wurzel angreifen.

Die Zürcher SVP

- verlangt die Beibehaltung des bewährten «Schweizer Psalms» als Nationalhymne;
- steht zur christlich-abendländischen Grundlage unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung, Gesellschaft und Kultur;
- lehnt einseitige linksideologische Stellungnahmen zu politischen Tagesfragen von Kirchenvertretern ab;
- setzt sich ein für die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Rahmen unserer Rechtsordnung;
- widersetzt sich jedem religiös oder kulturell begründeten Sonderrecht;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler sämtliche obligatorischen Schulfächer besuchen;
- fordert die harte Bestrafung beziehungsweise Ausweisung und den Verlust des Schweizer Bürgerrechts für Doppelbürger, die als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind oder waren.

Bildung und Forschung



Bildung statt Reformhektik – Keine Angst vor Eliten

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist entscheidend für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Bildung ist eine zentrale Ressource im privaten wie im beruflichen Leben. Im Vordergrund soll die Aneignung von Wissen, nicht das Beeinflussen von Verhalten stehen. Leider fehlt es vielen verantwortlichen

Politikern an der dafür nötigen Standhaftigkeit, und so wird das Geschehen in den Klassenzimmern immer mehr dem von der Tagespolitik getriebenen Zeitgeist geopfert.

Die weltanschauliche Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler – basierend auf dem Lehrplan 21 – übersteigt das erträgliche Mass. Im Laufe der letzten Jahre wurde unsere Volksschule immer mehr zu einem Laboratorium zur Erforschung teilweise kruder Theorien. Versuchskaninchen sind dabei die Schülerinnen und Schüler. Zur besseren politischen und weltanschaulichen Beeinflussung werden sie bewusst von ihren Eltern entfremdet. Nicht einmal vor der geschlechtlichen Entwicklung machen die neusten Ideologien halt.

Die Reformhektik in der Volksschule muss endlich gestoppt werden; ansonsten wachsen die Schäden und die Kosten linker Experimente ins Unermessliche. Der dualen Berufsbildung muss Sorge getragen werden. Sie leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur tiefen Jugendarbeitslosigkeit in unserem Land. Unsere Universitäten und Fachhochschulen haben Spitzenleistungen zu erbringen, wobei Fachhochschulen die universitäre Bildung und Forschung nicht zu konkurrieren haben.

Das linke Konzept der «Inklusion» ist gescheitert

Auch im Bildungswesen wurde das Streben nach Spitzenleistungen durch sozialistische Gleichmacherei verdrängt. Unter dem Schlagwort «Inklusion» werden schwache Schüler zusammen mit den starken geschult, was zwangsläufig zu einer Senkung der durchschnittlichen Leistung führt. Was in musischen Fächern und im Sport angehen mag, erweist sich als schädlich, wo Intellekt und hartes Lernen gefragt sind.

Das Konzept der «Inklusion» ist zudem auch ungerecht, da auch Spitzenschüler Anspruch auf eine ihren Fähigkeiten angemessene Ausbildung haben. Ihr Fortschritt darf nicht durch pädagogische Massnahmen gebremst werden.

Die SVP fordert, dass auch die positive Identitätsbildung unseres Landes als über siebenhundertjährige «Selbsthilfeorganisation» mit Unabhängigkeit, direktdemokratischen Bürgerrechten und Neutralität in den Unterricht einfließt. Die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer sind zu stärken.

Kostenexplosion und schädliche Akademisierung

Mehr Geld in der Bildung bedeutet nicht automatisch eine bessere Bildung. Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die mit administrativem Aufwand überhäuften Lehrer ebenso wie die Kinder. Dauerreformen nutzen die Lehrer ab, machen ihren Beruf unattraktiv, bereiten die Schüler immer weniger auf die Lehre und das Studium vor und überfordern Eltern und Kinder.





Die Akademisierung vieler Ausbildungen führt nicht nur zu einer Inflation von akademischen Abschlüssen und Titeln, sondern auch zu einer Kostenexplosion. Speziell für die Fachhochschulen sind die Kosten in unverantwortlichem Mass gestiegen. Dafür gelten gemäss Statistik mehr Menschen als «hoch qualifiziert».

In der Forschung wird zusehends nach dem Giesskannenprinzip gefördert. Offenbar ist zu viel Geld verfügbar, das auf einfache Weise für Projekte oder Ähnliches beansprucht werden kann. Statt sich auf die hiesige Spitzenforschung und angewandte, industriennahe Forschung zu konzentrieren, werden Steuergelder in Milliardenhöhe für bürokratische EU-Forschungsprogramme und zentralistisch gesteuerte, politisch motivierte Prestigeprojekte verschwendet. Deren gewollte Wirkung ist die EU-Abhängigkeit unseres Landes.

Duales System stärken

Es sollen wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Hohe Maturitätsquoten (auch Berufsmaturen) sind bloss ein Zeichen von Gleichmacherei und Nivellierung nach unten. Eine Berufsausbildung mit betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsschule hat sich bewährt und ist anderen Modellen weit überlegen. Für unser duales Bildungssystem werden wir weltweit beneidet, denn es ist der beste Garant gegen Jugendarbeitslosigkeit und für eine wirtschaftsnahe Ausbildung. Die Lerninhalte der Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen zusammen mit der



Wirtschaft festgelegt werden und sind den tatsächlich im Berufsleben nachgefragten Qualifikationen laufend anzupassen. Die Berufsbildung – auch die weiterführende – ist aufzuwerten. Die SVP fordert das Primat der Lehre vor den Praktika, die lediglich ergänzenden Charakter haben sollen.

Forschung für Spitzenleistungen

Forschung ist grundsätzlich keine Kernaufgabe des Staates. Der Staat soll aber günstige Rahmenbedingungen für die Forschenden schaffen. Forschung soll nicht Selbstzweck sein, sondern ergebnis- und anwendungsorientiert im Wettbewerb mit den Besten erfolgen. Die beiden Technischen Hochschulen und die Universitäten müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, wissenschaftliches Arbeiten und auf Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen vermehrt an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden.

Fragwürdige Universitätsautonomie

Die der Universität Zürich 1998 gewährte Autonomie hat die Erwartungen nicht erfüllt. Die im Wesentlichen von den Steuerzahlern finanzierte Hochschule hat allzu oft das getan, was sie wollte, statt das, was sie musste – und die Doppelfunktion von Bildungsdirektor und Präsidium des Universitätsrats hat zu unklaren Führungsstrukturen bis hin zum Amtsmissbrauch geführt. Die Universität Zürich kam in den vergangenen Jahren nicht mehr aus den Negativschlagzeilen heraus. Die

Universitätsleitung als operatives wie der Universitätsrat als strategisches Führungsorgan wirken ebenso überfordert wie das kantonale Hochschulamt als verwaltungstechnischer Vorgesetzter. Die SVP will, dass die Universität wieder dem Gesamtregierungsrat unterstellt wird, der auch für die strategische

Planung und die Besetzung der Lehrstühle zuständig sein soll. Die Maximalstudiendauer ist zu beschränken, und die ausländischen Studenten, deren Eltern im Inland keine Steuern zahlen, sind zu angemessenen Studiengebühren zu verpflichten.

Die Zürcher SVP

- widersetzt sich den permanenten Experimenten im Zürcher Bildungswesen;
- fördert eine leistungs- und qualitätsorientierte Bildung und bekämpft die schädliche Reformhektik an der Volksschule;
- will die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer stärken;
- will ein Bildungswesen, das der Aneignung von Wissen, nicht der Beeinflussung zugunsten eines bestimmten ideologischen Verhaltens dient;
- fordert die Überprüfung aller Lehrmittel bezüglich linker Indoktrinationen und gegebenenfalls deren Nichtfreigabe;
- verlangt, dass die finanziellen Mittel in die Kernaufgabe der Wissensvermittlung statt in Administration, Bildungsbürokratie und Reformitis fließen;
- pocht auf die Autonomie der Schulgemeinden gegenüber der Kantonsverwaltung und der kantonalen Hoheit gegenüber dem Bund;
- bekämpft die Erhöhung der Maturandenquote, unterstützt vielmehr die duale Berufslehre von Lehrbetrieb und öffentlicher Berufsschule sowie die berufliche Weiterbildung (tertiärer Bildungsbereich);
- erwartet von den ETHs, Universitäten und Fachhochschulen Spitzenleistungen in Ausbildung und Forschung;
- verlangt die konsequente Rückerstattung bezogener Stipendien von Studienabbrechern;
- widersetzt sich dem Ausbau der Fachhochschulen zu Pseudo-Universitäten durch Masterstudiengänge und Doktorarbeiten;
- wendet sich gegen die «Autonomie» der Universität Zürich; vielmehr ist diese wiederum dem Gesamtregierungsrat zu unterstellen;
- fordert von den ausländischen Studenten den Kosten angemessene Studiengebühren.

Landwirtschaft, Forst, Natur



Inlandproduktion stärken

Vor hundert Jahren gab es im Kanton Zürich noch gegen 30 000 Bauernbetriebe, 1990 waren es 6100, heute gerade noch 2800 – und der Strukturwandel hält unvermindert an. Die Zürcher Bauernfamilien nutzen rund 40 Prozent der Kantonsfläche, mit dem Wald und Naturschutzflächen bewirtschaften sie zwei Drittel der Zürcher Landschaft. Diese verantwortungsvolle Aufgabe bewältigen nur gerade 10 000 Beschäftigte, davon 2000 hauptberufliche Bäuerinnen und Bauern.

Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch Bundesverfassung und Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Dieser Auftrag wird durch die jüngsten Volksentscheide zu Ernährungssicherheit, Trinkwasser- und Massentierhaltungsinitiative unmissverständlich bestätigt. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen muss es unseren Bauern ermöglichen, den heutigen Netto-Selbstversorgungsgrad von knapp 50 Prozent mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln wieder zu erhöhen beziehungsweise auszubauen. Diese hochwertigen Produkte sollen durch Preise, welche die Produktionskosten decken, am Markt abgesetzt werden können.

Forschung und Bildung versus staatliche Bevormundung

Die Landwirtschaft muss aus den Fesseln des Staates befreit werden. Die Grundlage bildet eine fundierte Berufsausbildung mit guter landwirtschaftlicher Praxis. Im Mittelpunkt steht ein enger Wissenstransfer zur Agrarforschung und Wissenschaft. Neuste Erkenntnisse in Lehre, Forschung, Dienstleistungen und Weiterbildung in den Bereichen Land-, Wald- und Lebensmittelwissenschaften sollen der Landwirtschaft praxisnah zu Verfügung stehen. Die SVP unterstützt neue Zuchtungsverfahren (NZV), um bei stabiler Ertragsfähigkeit mit resistenten und toleranten Sorten einen entscheidenden Beitrag zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln (PSM) zu leisten. Die Landwirtschaft soll zur Bewältigung der Herausforderungen in der Land- und Ernährungswirtschaft in ihrer Innovation und Effizienz unterstützt und nicht durch

bürokratische Hürden eingeschränkt oder abgestraft werden. Dies gilt besonders mit Blick auf die Klima- und geopolitischen Veränderungen.

Die Landwirtschaft ist aktuell in zahlreichen Zielkonflikten gefangen. Sie braucht daher dringend Perspektiven statt noch mehr Wunschdenken. Diese Konflikte dürfen nicht politisch, sondern ausschliesslich wissenschaftlich begründet gelöst werden. Die Forschung muss auch hier aufgefordert werden, ihren wichtigen Beitrag zu leisten!

Land- und Forstwirtschaft in der Bevölkerung festigen

Zürich ist einer der fünf grössten Landwirtschaftskantone sowie der zweitgrösste Holzproduzent der Schweiz. Die Bedingungen für eine produzierende Land- und Forstwirtschaft sind hier günstiger als anderswo. Auch wenn die zürcherische Landwirtschaft Besonderheiten aufweist, ist sie ein wichtiger Teil der Gesamtwirtschaft, insbesondere unter dem Aspekt, dass rund ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung im Kanton Zürich lebt. In allen Gebieten unseres Kantons kommt ihr eine grosse volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Neben den Bauern arbeiten zahlreiche Beschäftigte in den der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Betrieben sowie im Gross- und Detailhandel. Sie sehen sich einem viel zu engen und obendrein teuren Verwaltungskorsett ausgeliefert. Wenn die Bauern neben dem Einkommen zunehmend auch noch die unternehmerische Freiheit verlieren, wird ihre Existenz infrage gestellt und der Nachwuchs verliert das Vertrauen in diesen wichtigen Berufsstand.



Selbstversorgungsgrad steigern

Die Schweiz ist einer der weltweit grössten Nettoimporteure von Nahrungsmitteln pro Kopf der Bevölkerung. In den vergangenen Jahren haben sich die Nahrungsmittelimporte in Bezug zum Bevölkerungswachstum verdreifacht. Die stärkste Steigerung verzeichneten die Produkte auf Getreidebasis, welche sich im gleichen Zeitraum verfünffachten. Die Schweiz ist damit weit davon entfernt, sich selbst zu versorgen. Für die SVP ist dies ein unverantwortbarer Zustand, den es zu korrigieren gilt. Sie vertritt die Meinung, dass die produzierende Landwirtschaft und damit die bäuerlichen Familienbetriebe im Zentrum der schweizerischen Landwirtschaftspolitik zu stehen haben mit dem Ziel, den aktuellen Selbstversorgungsgrad auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen.

Kampf gegen die Bürokratie

Die zahlreichen Vorschriften, Formulare und unzählige Kontrollen erschweren den Bauern ihren Beruf und untergraben die Eigenverantwortung. Zu viel Staatsgeld versickert in der Agrarbürokratie, statt dass es den Bauern zugutekäme. Der Landwirt ist ein hoch qualifizierter Spezialist der Nahrungsmittelproduktion, der selbst entscheiden soll, was, wie und wie viel er produzieren will und verkaufen kann. Der produzierende Bauer ist Unternehmer und soll die entsprechenden Freiheiten ebenso wie das Risiko tragen. Der Markt mit seinen mündigen Konsumenten soll die erbrachten Leistungen bezahlen. Voraussetzungen sind allerdings vernünftige Gesetze

und Auflagen und deren verhältnismässige Umsetzung im Bau-, Raumplanungs-, Lebensmittel- und Umweltrecht, die den unternehmerischen Spielraum nicht einschränken.

Natur und Ernährungssicherheit, Teil der Lösung und nicht Teil des Problems

Unsere produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für den Erhalt einer vielfältigen, gut strukturierten Kulturlandschaft. Das ist ökologisch sinnvoller, als Landwirtschaftsprodukte über Kontinente





hinweg zu transportieren. Mit der aktuellen Agrarpolitik hat die Schweiz jedoch genau den gegenteiligen Weg eingeschlagen, das heisst, die extensive Landwirtschaft wird auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft gefördert. Immer mehr wertvolles Landwirtschaftsland fällt der Renaturierung von Gewässern oder dem Bau von Verkehrsinfrastrukturen zum Opfer, und immer mehr werden beste Ackerflächen zu Biodiversitätsförderflächen (BFF) degradiert und damit der Nahrungsmittelproduktion entzogen. Eine qualitative Verbesserung bestehender BFF wird unterstützt. Auch der Siedlungsdruck durch die hohe Zuwanderung wirkt sich negativ auf die verfügbare Kulturlandfläche aus.

Agrarreformen nur alle 12 Jahre

Ziel der SVP ist, dass sich die Landwirtschaftsbetriebe weiterentwickeln können, um weiterhin effizient zu produzieren. Im Vordergrund stehen qualitativ hochstehende Lebensmittel. Dieses Ziel kann indes nur erreicht werden, wenn den Bauernfamilien Perspektiven und Planungssicherheit für die Zukunft geboten werden, damit sie nachhaltig in die Produktion investieren.

Landwirtschaft nicht den Freihandelsabkommen opfern

Das vom Bundesrat angestrebte Freihandelsabkommen mit der EU und den Mercosur-Staaten sowie auch die von der Welthandelsorganisation (WTO) angestrebten Abkommen, die im Bereich Landwirtschaft eine viel zu weit gehende Grenz-

öffnung vorsehen, hätten enorme Auswirkungen auf unseren Bauernstand. Die Senkung der Lebensmittelpreise auf EU- oder gar Weltmarktpreisniveau – bei gleichbleibenden Produktionskosten – würde die Existenz unserer einheimischen Landwirtschaft zerstören. Ein ungenügend auf unsere Inlandproduktion abgestimmtes Handelsabkommen lehnt die SVP ab.

Raumplanung – Vorrang Landwirtschaft ja, neue Schutzverordnungen nein

Das Raumplanungsgesetz und die Umsetzung des bäuerlichen Bodenrechts sind darauf auszurichten, dass unternehmerische Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können. Die SVP setzt sich für einen sorgsamen Umgang mit Landwirtschaftsland ein. Dieses bildet die Grundlage für die Produktion von Nahrungsmitteln.

Insbesondere Fruchtfolgeflächen sind in ihrem Bestand zu erhalten. Hierzu müssen Böden teilweise aufgewertet beziehungsweise Drainagen erneuert werden. Neue Feuchtgebiete auf produktiven Flächen und Abhumusierungen zugunsten der Biodiversität sind unverhältnismässig und werden von der SVP bekämpft. Auch künftig muss die landwirtschaftliche Nutzfläche der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, den gesetzlichen Spielraum für Spezialbauten in der Landwirtschaft zu nutzen; gleichzeitig ist die Bereitschaft zu signalisieren, bei nicht mehr zweckmässiger Nutzung einen Rückbau in Betracht zu ziehen.

Die Zürcher SVP

- will mit Wissenstransfer zur Agrarforschung und Wissenschaft zielgerichtet die Effizienz in der Produktion erhöhen und die staatliche Bevormundung abbauen;
- will, dass der Netto-Selbstversorgungsgrad an qualitativ hochstehenden Schweizer Nahrungsmitteln von 50 auf 60 Prozent erhöht wird;
- wendet sich gegen den zunehmenden Verlust von Kulturland durch Renaturierungsprojekte, Gewässerraumausscheidungen, Feuchtgebiete auf Fruchtfolgeflächen;
- setzt sich für unternehmerische Freiheit der Landwirte ein und dass der Reformprozess der Agrarpolitik auf 12 Jahre ausgedehnt wird;
- wendet sich gegen ein immer engeres Vorschriftenkorsett;
- hält an der produzierenden Landwirtschaft mit bäuerlichen Familienbetrieben fest, die ein angemessenes Einkommen erzielen;
- setzt auf einheimische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung, ist bereit, gezielte Handelsabkommen zu prüfen, und lehnt den Agrarfreihandel ab;
- widersetzt sich dem Ansinnen, unsere Landwirtschaftsbetriebe auf dem Altar von EU- und WTO-Interessen zu opfern;
- fordert den Vorrang der Landwirtschaft in der Raumplanung und ein bäuerliches Bodenrecht, das die Interessen der produzierenden Landwirtschaft auch in Zukunft wahrt.



Gesundheit

Qualität dank Wettbewerb

Im Zentrum unserer Politik steht die bezahlbare, qualitativ hochstehende medizinische Versorgung der Bevölkerung.

Die Kosten der Gesundheitsversorgung sollen der Lebensqualität und Lebenserwartung der Bevölkerung, der Kaufkraft der Bevölkerung sowie der Grösse der Bevölkerung gegenübergestellt werden.

Eigenverantwortung fördern

Ein gesunder Lebensstil mit ausgewogenem Essverhalten, Vermeidung von Drogen sowie sportliche Betätigung sind die Grundpfeiler einer gesunden Bevölkerung. Der Kampf gegen Bewegungsmangel, Übergewicht und Suchtmittel ist zentral. Geeignete Gesundheitsförderung ist zu unterstützen, aber letztlich ist jeder für seine Gesundheit selbst verantwortlich. Selbstverantwortung soll sich lohnen. Fehlverhalten soll mit höheren Prämien und/oder Selbstbehalten sanktioniert werden können. Wer medizinische Leistungen verlangt, die nicht notwendig sind, soll dies selbst bezahlen müssen. Verantwortungsbewusste Bürger bedienen sich nicht selbstständig an medizinischen Leistungen zu Lasten der Grundversorgung. Eigenverantwortung heisst auch, nicht wegen jeder Bagatelle auf einen Spitalnotfall zu gehen und die Behandlung schwer kranker oder verunfallter Menschen zu erschweren. Auch dieses Verhalten soll mit einem Kostenbeitrag sanktioniert werden können. Notfallstationen vorgelagerte Notfallpraxen können hier eine Triage ermöglichen und Kosten einsparen helfen.

Kostenwachstum bremsen

Nur medizinisch sinnvolle, zielführende und durch einen qualifizierten Arzt indizierte (= angeordnete) Leistungen sollen durch die allgemeine Grundversicherung bezahlt werden. Die Anordnungen der Ärzteschaft sollen geprüft werden können und sich an anerkannten medizinischen Richtlinien orientieren. Bei mehreren gleichwertigen Therapieoptionen soll die günsti-

gere gewählt werden. Von Versicherten gewünschte, aber nicht angeordnete Leistungen sollen vom Patienten selbst finanziert werden. Folge /Komplikationen von Lifestyle-Operationen sind nicht durch die Allgemeinheit zu bezahlen.

Leistungen ohne wissenschaftlich belegte Wirkung sollen aus dem Leistungskatalog entfernt werden.

Effiziente Tarifsysteme

Tarifsysteme sollen einer betriebswirtschaftlichen Prüfung unterzogen werden, damit die Effizienz und die hochstehende Qualität der medizinischen Versorgung weiterhin gewährleistet bleiben.

Die bisherigen und teilweise auch neuen Tarifsysteme vergüten viele Leistungen defizitär. So werden gute, schonende und zielführende Therapien nicht mehr angeboten. Zudem wird es immer schwieriger, Spitäler und Kliniken sowie Leistungen der Grundversorgung rentabel anzubieten.

Keine Staatsmedizin

Die Politik des zuständigen Departements in Bundesbern marschiert Richtung Staatsmedizin. Diverse Lenkungsmaßnahmen führen zu Verzerrungen im ohnehin schon überregulierten Gesundheitsmarkt. Die ausufernde Bürokratie lastet schwer auf den Schultern der Leistungserbringer und kostet viel Geld und Zeit.

Neue, nicht ausgewogene oder partnerschaftlich verhandelte Tarifstrukturen treffen vor allem die Ärzte mit eigener Praxis

existenziell. Der ärztliche Nachwuchs drängt ins Angestelltenverhältnis, wo feste Arbeits- und Lohnstrukturen winken und staatliche Tarifsenkungen das Einkommen nicht beeinflussen. Der freiberufliche Arzt mit einem hohen Mass an Selbstverantwortung wird durch gezielte Schlechterstellungen im Entschädigungssystem zum Auslaufmodell. Wir sind gegen diese staatliche Beschränkung der Gewerbefreiheit und setzen uns für die Erhaltung und Stärkung der ärztlichen Institutionen und KMU ein.

Die uneingeschränkte und freie Arztwahl stellt für die SVP eine unabdingbare Bedingung dar. Massnahmen der Krankenversicherer, Gesundheitsinstitutionen und weiterer Akteure durch innovative Versicherungsmodelle die stets steigenden Kosten zu entlasten, sind zu unterstützen.

Sinnvolle Digitalisierung fördern

Die mangelnde Digitalisierung und das schlechte Datenmanagement im Gesundheitswesen führen zu Leerläufen und einer überbordenden Bürokratie. Die Gesundheitseinrichtungen sollen untereinander über Plattformen kommunizieren und Zugang zu den Patientendaten haben. Jedes Formular, das wegfällt, spart Kosten und gibt dem Arzt mehr Zeit für seine Patienten. Digitale Innovationen und digitale Versicherungsprodukte sollen gefördert werden. Die Schweiz muss sich unbedingt zu einem digitalen Gesundheitswesen bekennen. Zusätzlich ist hier mehr Eigenverantwortung von allen Beteiligten gefordert.

Steuerabzug umsetzen und Prämienverbilligungen reduzieren

Die Krankenkassenprämien sollen vollumfänglich vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Das entlastet den Mittelstand und die Familien. Sie werden von der Prämienlast fast erdrückt, ohne Einfluss auf diese Entwicklung nehmen zu können. Da die Prämienverbilligungen das Konsumverhalten anheizen, anstatt es auszubremsen, sollen sie auf dem heutigen Niveau belassen werden.

Einheimisches Personal fördern statt Auslandabhängigkeit vergrössern

Die Schweiz muss wieder vermehrt auf eigenes Personal setzen und dessen Ausbildung sicherstellen. Die Universitäten haben die notwendigen Ausbildungsplätze bereitzustellen, und die Kliniken sollen die Assistenzärzte weiter ausbilden.

Sollten aufgrund der heutigen arbeitsrechtlichen Vorgaben die Ausgaben für die Anstellung und Weiterbildung der Assistenzärzte nicht mehr gedeckt sein, sollen alle Kliniken mit Leistungsaufträgen in ausgleichender Weise Ausbildung betreiben oder Ersatzzahlungen leisten. Der Fokus soll auf die Grundversorgung (Allgemeinmediziner, Kinderärzte, Psychiater) gelegt werden. Die Pflege ist ein wichtiger Teil des Gesundheitswesens und sollte sinnvoll gestärkt werden. In der Pflege ist die Aus- und Weiterbildung attraktiver zu gestalten, sodass der Pflegeberuf wieder an Attraktivität dazugewinnt.

Mit Zulassungsbeschränkungen soll der Zustrom von Ärzten aus dem Ausland auf das nötige Mass gebremst werden.

Ambulante Leistungen fördern

Ambulante Eingriffe sollen gefördert werden. Eine Anpassung der Finanzierung ist dringend, weil sich sonst die Kosten vom Kanton zu den Krankenkassen zu Ungunsten der Prämienzahler verschieben. Dieses Ungleichgewicht zwischen den Zahlern soll grundsätzlich bereinigt werden, damit beide, die Kantone und die Krankenkassen, ein Interesse haben, die Kosten zu senken, anstatt zu verschieben.

Spitallandschaft laufend überprüfen

Es ist nicht nötig, dass jedermann gleich um die Ecke über ein Spital mit umfassendem Leistungsangebot verfügt. Eine Spezialisierung der Spitäler steigert dank höheren Fallzahlen die Qualität der Operationen und spart Kosten, da nicht das gleiche Angebot mehrfach bereitgehalten werden muss. Die Vergabe von Leistungsaufträgen sollte zweckmässig, wirtschaftlich und wirkungsvoll sein. Es ist nicht nötig, dass alle alles anbieten.

Die Zürcher SVP

- fordert eine qualitative, effiziente sowie bezahlbare Gesundheitspolitik;
- verlangt und fördert die Eigenverantwortung der Bürger in Bezug auf die eigene Gesundheit;
- fordert die konsequente Vermeidung unnötiger Leistungen, um das Kostenwachstum zu bremsen;
- will den übertriebenen Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse entschlacken;
- fordert kostendeckende Vergütungen für indizierte und gerechtfertigte Leistungen, damit diese in hoher Qualität ausgeführt werden können;
- steht ein für einen freiheitlichen, unverzerrten Wettbewerb mit einer effizienten Versorgung;
- befürwortet ein digitalisiertes Gesundheitswesen;
- verlangt, dass die Prämienkosten der obligatorischen Krankenversicherung vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden dürfen und die Prämienverbilligungen nicht mehr weiter steigen;
- setzt auf die vermehrte Ausbildung von einheimischen Ärzten und einheimischem Pflegepersonal, statt diese im Ausland zu rekrutieren;
- verlangt eine einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen sowie von Leistungen der Langzeitpflege;
- befürwortet eine laufende Überprüfung der Zürcher Spitallandschaft bezüglich des derzeitigen Leistungsangebots, um Überangebote und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Verkehr



Ideologiefreie Verkehrspolitik

In keinem anderen Gebiet manifestierten sich so viele Folgen linker Ideologie wie in der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik. Die ungebremste Zuwanderung brachte das System an den Rand des Zusammenbruchs, was nicht nur Autofahrer, sondern auch ÖV-Pendler tagtäglich zu spüren bekommen. Der Ausbau des Strassennetzes vermag mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt zu halten, und Autofahrer werden regelrecht als Feinde behandelt, als würden sie nur zum Zeitvertreib in der Gegend herumkurven. Vor allem in den linksdominierten Städten scheint jedes Mittel gerechtfertigt, um Verhältnisse zu schaffen, wie sie vor 200 Jahren in abgelegenen Dörfern herrschten. Dabei wird ausgeblendet, welche enormen Fortschritte in Bezug auf die Umweltbelastung durch Spitzentechnik erzielt werden konnten.

Dabei wäre ein Gesamtverkehrssystem, das ohne Feindbilder auskommt, für die Zürcher Volkswirtschaft von zentraler Bedeutung. Der Individualverkehr muss weiter eine tragende Rolle spielen, ist der öffentliche Verkehr doch ausserstande, weitere grössere Anteile des Gesamtverkehrsaufkommens zu übernehmen. Auch künftige Mobilitätsformen werden – unabhängig von ihren Antriebskonzepten oder ihres Autonomiegrades – Strassenraum beanspruchen. Die Verkehrspolitik der SVP orientiert sich an den anspruchsvollen Bedürfnissen der Volkswirtschaft des Kantons und zielt auf ein Nebeneinander der Verkehrsträger und einen nachfrageorientierten Ausbau derselben.

Leider wird die Verkehrspolitik zunehmend von Egoismus («nicht vor meiner

Haustür») und von Ideologie («Verbanung des Privatverkehrs») geprägt. Dies führt dazu, dass bei den erforderlichen Interessenabwägungen den Aspekten Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems nur noch eine nachrangige Gewichtung zugestanden wird. Folge davon ist, dass die einen Verkehrsmittel auf Kosten der andern gefördert und gegeneinander ausgespielt werden.

Doch Zürich ist als starker Wirtschaftsstandort auf ein leistungsfähiges Verkehrssystem angewiesen. Gewerbe und KMU florieren dank flüssigem Verkehr, internationaler Anbindung und ausreichend dimensionierten Infrastrukturen. Darum stellt die SVP den volkswirtschaftlichen Nutzen des Verkehrs ins Zentrum ihrer Verkehrspolitik.



Stopp dem Bussenterror

Die zunehmende Kriminalisierung der Autofahrer nützt – ausser dem Steuersäckel – niemandem. Die offensichtliche Abzockerei durch viel zu hohe Bussen und horrenden Gebühren in Bagatellfällen macht unbescholtene Bürger zu Kriminellen. Das Aufstellen von Radarfallen an möglichst ergiebigen, nicht

sicherheitsrelevanten Stellen dient nicht der Verkehrssicherheit, sondern den Staats- und Gemeindekassen. Exzessive Überschreitungen der gesetzlich vorgegebenen Tempolimits durch Raser sind dagegen konsequent und mit aller Härte zu bestrafen.



Für eine sachliche Luftfahrtpolitik

Der Kanton Zürich als Standortkanton des bedeutendsten Flughafens im Land steht in der Pflicht, auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die regionalen Bedürfnisse in die Entwicklungsplanung des Flughafens (SIL-Objektblatt) einfließen. Der Bundesrat muss in Verhandlungen mit Deutschland auch das von unserem Nachbarland zum Nachteil der Zürcher Flughafenregion einseitig blockierte Flughafendossier zur Sprache bringen. Der Flugplatz Dübendorf bildet eine einzigartige, zu erhaltende aviatische Infrastruktur und zugleich Landreserve für künftige Generationen. Die SVP erhofft sich von der geplanten dreifachen Nutzung durch Armee, Forschungs- und Werkflugplatz und Innovationspark ein hohes Synergiepotenzial mit Nutzen für den Kanton Zürich. Die konkrete Ausgestaltung und das Betriebsreglement des Flugbetriebes sind unter grösstmöglicher Berücksichtigung der Anliegen der umliegenden Gemeinden vorzunehmen.

Die Zürcher SVP

- verlangt, dass sich die Verkehrspolitik an den Bedürfnissen der Volkswirtschaft des Kantons und am Nebeneinander der Verkehrsträger orientiert;
- wendet sich gegen flächendeckende Temporeduktionsmassnahmen im Strassenverkehr;
- lehnt Tempo-30-Massnahmen auf Hauptverkehrsachsen, Hauptstrassen und ÖV-Linien grundsätzlich ab;
- wehrt sich dagegen, dass der Individualverkehr und der öffentliche Verkehr gegeneinander ausgespielt werden;
- will, dass das Verkehrswachstum im Privatverkehr durch den Ausbau der Hochleistungsstrassen bewältigt wird;
- setzt sich für die rasche Realisierung von längst fälligen Ortsumfahrungen wie Eglisau und Grüningen ein;
- verlangt, dass die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) nicht weiter ansteigt;
- setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsregeln für alle Verkehrsteilnehmer – auch für Velofahrer und Fussgänger – gelten;
- will, dass alle ländlichen Regionen des Kantons gute Anschlüsse an die mit dem STEP2035 massiv ausgebauten Hauptverkehrslinien erhalten;
- setzt sich dafür ein, dass die Oberlandautobahn weiterhin in der Botschaft zum Ausbauschritt 2023 bleibt und rasch realisiert wird;
- will ein weiteres qualitatives Wachstum des Flughafens Zürich ermöglichen, wobei den Anliegen der betroffenen Regionen bestmöglich Rechnung zu tragen ist;
- unterstützt betriebliche und bauliche Massnahmen am Flughafen Zürich, welche zur Erhöhung der Sicherheit und Stabilisierung des Flughafens beitragen;
- verlangt vom Bundesrat, das von Deutschland einseitig blockierte Flughafendossier endlich neu zu verhandeln;
- verlangt einen Stopp des völlig übertriebenen Bussenregimes im Autoverkehr, das mit Sicherheit meistens nichts zu tun hat;
- fordert die Entschlackung des völlig übertriebenen, autofahrerfeindlichen Strassenverkehrsgesetzes («Via sicura») auf das Notwendige.

Energie



Sichere, kostengünstige Versorgung

Für das Hochlohnland Schweiz und für die Hochlohnregion Zürich ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unverzichtbar. Auf diesem Fundament beruhen Produktion, wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand.

Die «Energiestrategie 2050» des Bundes vernachlässigt dieses Erfordernis für Eigenständigkeit, Wohlstand und Freiheit. Dafür beschert sie der Schweiz eine wahre Flut neuer Steuern, Gebühren und Abgaben. Orientiert an ideologisch motivierten, mit der Realität nicht in Übereinstimmung zu bringenden Dogmen, verursacht sie den Bürgerinnen und Bürgern Kostenexplosion, Vorschriften und bevormundende Zwänge, die der Entwicklung eines freiheitlichen Staates mit freier Wirtschaft nur schaden können. Es hat sich insbesondere gezeigt, dass Strom nicht einfach im Ausland eingekauft werden kann. Auch hier gilt: Staaten haben keine Freunde, sondern Interessen.

Weil die Energiestrategie 2050 den Energiebedarf mit links-grünen Lehrsätzen nicht zu decken vermag, ist sie heute bereits als klar gescheitert zu bezeichnen. Die Schweiz – die SVP beansprucht dafür eine Führungsstellung – muss den Weg zurück zur Versorgungssicherheit, zu Kostentransparenz und Bezahlbarkeit finden und zielbewusst einschlagen.



Energiebedarf steigt

Der Energiekonsum in unserem Land steigt stetig, obwohl der CO₂ -Ausstoss pro Haushalt seit dem Jahr 2000 um rund einen Drittel zurückgegangen ist. Die von Bundesbern – im Widerspruch zum Entscheid von Volk und Ständen an der Urne – fahrlässig und verfassungswidrig hingenommene Masseneinwanderung macht allerdings alle Sparerfolge zunichte.

Es ist die Masseneinwanderung – von Bundesbern sogar noch gefördert –, die der Schweiz eine Energiekrise beschert. Reisst der Bundesrat das Ruder nicht herum, sind alle Sparanordnungen, Sparaufrufe und Sparbefehle umsonst. Die SVP des Wirtschaftskantons Zürich wird das sträfliche Laisser-faire Bundesberns bezüglich Masseneinwanderung mit aller mobilisierbaren Kraft auf demokratischem Weg bekämpfen.

Bewährter Energiemix

Die Schweiz wird auch in Zukunft auf fossile Energieträger (Öl und Gas) angewiesen sein. Die SVP unterstützt Bemühungen zur Reduktion dieser Abhängigkeit durch Förderung der Stromproduktion aus einheimischen Ressourcen.

Dafür einzig auf Wind und Sonne abzustellen, kann den Strombedarf der Schweiz freilich nie und nimmer decken. Der daraus resultierende Strommangel hätte eine untragbare Verteuerung der Energie zur Folge – zumal die alternative Stromversorgung extrem wetterabhängig ist. Das bedeutet, dass für Hochnebel-Wetterlagen mit weitgehender Windstille teure Ersatz-Stromproduktion bereitzustellen wäre. Dass das Ver-

trauen in unerschöpfliche Importmöglichkeiten auf Sand gebaut ist, dürfte inzwischen der gesamten Öffentlichkeit klar geworden sein.

Die ersten, rasch anzupackenden, aber nur mittelfristig gewisse

Entspannung erwarten lassenden Massnahmen sind darauf zu konzentrieren, vorhandene Projekte zur weiteren Nutzung einheimischer Wasserkraft rasch umzusetzen.

Die Energie wird teurer

Steigende Energiepreise sind Gift für Wirtschaft und Wohlstand. Sie sorgen dafür, dass sämtliche Produktionskosten ansteigen und die Bevölkerung in der Folge weniger Geld im Portemonnaie hat.

Die Energieträger als zusätzliche Steuerquellen zu missbrauchen, schadet der Wirtschaft wie der Bevölkerung. Die Kosten sowie die ökologischen und wirtschaftlichen Konsequenzen der laufend neu aufgelegten Energieverordnungen müssen endlich transparent dargelegt werden.

Bereits heute fliessen Milliarden an Abgaben in die Bundeskasse und in internationale Kassen. Ein regelrechter Ablasshandel mit CO₂-Zertifikaten schwächt die Industrie und unsere KMU-Betriebe. Die SVP wird energisch gegen weitere Irreführung durch den Staat antreten, der die Kosten der Energiewende mit lächerlichen vierzig Franken pro Haushalt und Jahr angegeben hat. Inzwischen sind die Kosten bald auf das Fünfzigfache der offiziellen Versprechungen zur Abstimmung über die Energiestrategie 2050 explodiert.

Die SVP setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass für Private und Unternehmen die freie Wahl der Energieversorgung erhalten bleibt. Und Forschungsverbote sind schleunigst aufzuheben. Die Forschung ist darauf auszurichten, Versor-



gungssicherheit zu tragbaren Preisen zu gewährleisten. Technologien nur deshalb unter Forschungsverbot zu stellen, weil sie nicht ins grün-linke Umverteilungskonzept passen, ist verwerflich. Öffentliche Gelder dürfen nicht für rot-grüne Energie-Ideologie missbraucht werden. Das oberste Ziel vernünftiger Energiepolitik muss sein, preislich günstige, ausreichend verfügbare, unabhängige und umweltfreundliche Energieversorgung sicherzustellen. Diesem Ziel fühlt sich die Energiepolitik der SVP verbunden.

Schädliches Forschungsverbot

In der Diskussion um sichere und bezahlbare Energieversorgung darf die CO₂-freie Kernenergie nicht ausser Acht gelassen werden. Gerade zur Nutzung von Kernenergie sind im Ausland aufsehenerregende Forschungsergebnisse Tatsache geworden.

Dass die Schweiz bei dieser Forschung nicht dabei ist, obwohl sie noch vor wenigen Jahrzehnten in der Forschung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Spitzengruppe stand, hat Schaden angerichtet, den links-grüne Ideologen zu verantworten haben.

Dass diese Forschung zu früher gravierenden Problemen (Abfall, Kernschmelze) interessante Lösungen vorlegt, müsste nach Auffassung der SVP mehr als nur aufmerksam verfolgt werden. Denn diese Forschung leistet einen wesentlichen Beitrag zur längerfristigen Lösung aller rund um die Energieversorgung existierenden Probleme.



Planungssicherheit für die Schweizer Energiebranche

Investitionen in einheimische Energieanlagen haben wesentliche Bedeutung für die Versorgungssicherheit und müssen über eine Vollkostenrechnung beschlossen werden. Dazu sind Planung und Rechtssicherheit sowie Kostentransparenz und Kostendeckung herzustellen.

Der Kanton Zürich trägt über seine Beteiligungen Verantwortung für Investitionen im In- und Ausland und hat Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Energieversorgern eine wirtschaftliche Investitionspolitik erlauben und die Versorgungssicherheit gewährleisten. Dies gilt insbesondere für die bestehenden Energieanlagen, deren Stromproduktion über die Konzession geregelt bleiben muss.

Die Eigenerstrategie des Kantons Zürich

Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) und die Axpo haben primär in einheimische Energieträger zu investieren. Investitionen in ausländische Windanlagen (z. B. in Spanien) sind durch Investitionen in die einheimische Wasserkraft und grossflächige Solaranlagen auf Industrie- und landwirtschaftlichen Gebäuden zu ersetzen. Die Windenergie weist insbesondere im Kanton Zürich ein geringes Potenzial auf, welches den landschaftlichen Schaden in keiner Weise rechtfertigt.

Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit mit wetterunabhängiger Bandenergie ist auch die Forschung in der Tiefengeothermie voranzutreiben.

Die Zürcher SVP

- verlangt eine günstige, ausreichend verfügbare, unabhängige und umweltfreundliche Energieversorgung für unsere Unternehmungen und Haushalte;
- verlangt die Aufhebung des Bauverbots von Atomkraftwerken;
- begleitet kritisch die von ihr seinerzeit bekämpfte Energiestrategie 2050 und wird wirkungslose, teure Fehlentwicklungen zu verhindern suchen;
- tritt an gegen die zu erwartende Verteuerung und Verknappung der Energie bei anhaltender Masseneinwanderung;
- fordert bei allen Vorlagen der Energiestrategie 2050 volle Kostentransparenz;
- wehrt sich dagegen, dass der Import von hoch subventioniertem EU-Strom unsere Wasserkraft ruiniert;
- prüft jede neue Energievorlage kritisch bezüglich Kosten und Nutzen und bekämpft die Verteuerung der Energie;
- wehrt sich gegen unehrliche links-grüne Machenschaften unter dem Stichwort «2000-Watt-Gesellschaft»;
- verlangt Planungssicherheit für die Schweizer Energiebranche;
- fordert die freie Wahl der Energieversorgungs-Unternehmungen für alle Konsumenten, nicht nur für grosse und mittelgrosse Kunden.

A photograph showing three people from behind as they hike along a dirt path in a lush green forest. The person in the middle is wearing a green shirt and a large black backpack. The person on the left is wearing a dark blue shirt and has a braid. The person on the right is wearing a blue shirt and a grey backpack. The path leads into the distance, flanked by dense trees and foliage.

Umwelt

Wirkungsvoller Umweltschutz

Die SVP trägt Sorge zur Kulturlandschaft und zur Natur. Ohne gesunde Umwelt kein Wohlbefinden und keine Lebensqualität, heute wie in Zukunft.

Die SVP ist von ihrer ländlich-bäuerlichen Herkunft her stark in der Natur verwurzelt. Im Dienst an der Umwelt verfolgt sie eine gesamtheitliche, praxisorientierte Politik – basierend auf profundem Wissen um die Zusammenhänge einerseits, auf Eigenverantwortung andererseits.

Hervorragende Ausgangslage

Zum Schutz unserer Umwelt wurden grosse Fortschritte realisiert. Noch nie waren Schadstoffe und Emissionen seit Beginn der Industrialisierung so gering wie heute, noch nie waren unsere Flüsse und Seen so sauber. Noch vorhandene Altlasten werden abgebaut. Durch die fortwährende Beachtung von Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik gelang es, das Problem der einst sauren Böden zu beheben, für Luft und Gewässer deutlich höhere Sauberkeit zu erreichen.

Trotz massiver, fast allein zuwanderungsbedingter Bevölkerungszunahme und daraus resultierendem Mehrverkehr, trotz höherer Wirtschaftsleistung und gesteigertem Wohlstand kann die Schweiz ihre Verpflichtungen bezüglich Umweltschutz einhalten. Unser Land nimmt heute im Vergleich mit allen industrialisierten Ländern eine Spitzenposition ein – mit geringstem Schadstoffausstoss pro Kopf. Diese Entwicklung verdanken wir insbesondere dem wissenschaftlichen Fortschritt und dem Willen der Bevölkerung, der Umwelt Sorge zu tragen.

Bewährte Praxis vor weltfremder Theorie

Besorgniserregend ist das Vorgehen links-grüner Kreise, die ihre schrill vorgetragene Umweltpolitik regelmässig mit Katastrophenmeldungen einleiten: Die Bevölkerung soll so in Angst und Schrecken versetzt werden.

Billige Stimmungsmache zwecks Umgehung demokratischer Entscheidungsfindung bekämpft die SVP. Sie setzt sich für seriöse

Abklärung zum Verständnis der Zusammenhänge ein, bevor grosse Geldbeträge sinnlos verpulvert werden. Die Vergangenheit hat bewiesen, dass wissenschaftliche Grundlagen, Vermittlung der Zusammenhänge und eine anschliessende konsequente Umsetzung der Massnahmen eine erfolgreiche Umweltpolitik gewährleisten.

Die SVP bekämpft indessen planwirtschaftliche Ansätze im Umweltschutz und verlangt auch für die Umweltpolitik regelmässige Kosten-Nutzen-Abwägungen.

Keine neuen Abgaben und Gebühren

Hiesige Verwaltungen dürfen Normen und Ziele, die an internationalen Konferenzen von Funktionären festgelegt worden sind, nur als Leitlinien übernehmen, wenn sie ordnungsgemäss nach den Regeln der direkten Demokratie beschlossen worden sind. Denn auch für die Umweltpolitik gelten die Regeln der direkten Demokratie.

Überregulierungen fördern plakativen Pseudo-Umweltschutz und münden allzu oft in eine nicht hinzunehmende Finanzbelastung der öffentlichen Haushalte. Während Jahren wurden und werden im Namen des Umweltschutzes neue Abgaben und Gebühren oder deren Erhöhung ohne Erfolgskontrolle gefordert. Die gestiegenen Abgaben auf Treibstoffe, Heizöl, Wasser und Strom belasten die Steuerzahler immer stärker. Im Gegensatz dazu werden die Versorgung und Entsorgung von Wasser, Abwasser und Abfall und das Recycling in den Gemeinden zweckdienlich und zu Selbstkosten geregelt. Die

Schweiz hat sich mit ihrem ausgezeichnet funktionierenden System der privaten und öffentlichen Entsorgung die Stellung des Recycling-Weltmeisters gesichert.

Im Blick auf die (längst als gescheitert erkannte) Energiestrategie 2050 wird über das CO₂-Gesetz eine regelrechte Gebühren- und Bussenlawine losgetreten, ohne dass die Schweiz einen bemerkenswerten Einfluss auf weltweite Umweltentlastung und Klimaveränderung leisten kann. Dank dem bisherigen Energiemix sank der Anteil emittierter Treibhausgase unter 1 Promille – ein weltweiter Rekordwert. Die SVP wird sich gegen alle unbegründeten Erhöhungen von Gebühren und Abgaben wehren und für eine nachvollziehbare, wirkungsvolle Umweltpolitik kämpfen.

Sinnvolle Lösungen für unsere Nachkommen

Unsere gute Umweltsituation ist darauf zurückzuführen, dass Wirtschaft und Bevölkerung von sich aus die Erkenntnisse des technischen Fortschritts anwenden und danach leben. Daraus sind viele private Initiativen, Innovationen, Produkte, Unternehmen und sogar ganze Berufsbilder entstanden. Damit wurde mehr Wirkung erzielt als mit staatlichem Zwang, Verboten und der Anordnung von Strafen.

Die SVP wehrt sich gegen einseitig beschlossene, unrealistische Ziele wie die «2000-Watt-Gesellschaft». Sie befolgt dann internationale Standards und Beschlüsse, wenn diese von allen Staaten unterstützt und umgesetzt und im Rahmen der direkten Demokratie übernommen werden.



Das Prinzip der Freiwilligkeit ist zusätzlich hochzuhalten, hat es doch dafür gesorgt, dass die Schweiz trotz schlechter Ausgangslage und hoher Zuwanderung ihre Position in der Umweltpolitik deutlich verbessern konnte.

Die SVP steht für eine längerfristige Dekarbonisierung der

Energieträger (Ersatz von Öl und Gas) – nicht weil sie glaubt, damit das Klima beeinflussen zu können, sondern um die Umwelt gegen Feinstaub und umweltschädliche Gase zu schützen und um wertvolle Grundstoffe für wichtigere Aufgaben nutzen zu können.

Umweltprobleme vorausschauend lösen

Die SVP setzt sich aktiv für unsere natürlichen Lebensgrundlagen ein und kennt die Bedeutung der Pflege des ländlichen Raums. Bauernfamilien, die traditionelle Wurzel der SVP, bewirtschaften seit Generationen den Boden und haben schon darum alles Interesse, mit ihrer Lebensgrundlage sorgsam umzugehen. Sie verhindern mit ihrer Arbeit Vergandung, Versteppung und Verwüstung unserer Natur und erhalten damit die fruchtbare und einmalig schöne Schweizer Landschaft als Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und für den Tourismus. Die SVP setzt sich für ein gerechtes Entgelt dieser wertvollen Dienstleistungen ein.

Eine Absage erteilt die SVP dagegen den ideologisch geprägten Katastrophenszenarien, aber auch den weltfremden Initiativen links-grüner Städte. Die Entstellung der Landschaft durch unrentable Windparks bekämpft sie ebenso wie die im Namen der Biodiversität aufgrund einer UNO-Resolution verlangte Versumpfung ertragreicher Böden.

Deutliche Begrenzung der Masseneinwanderung ist der Weg, das Gleichgewicht zwischen Natur und Nahrungsmittelproduktion aufrechtzuerhalten.

Die Zürcher SVP

- will, dass sorgsam mit der Umwelt, der Natur und der Landschaft umgegangen wird;
- anerkennt die Leistung von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft zugunsten der Verringerung von Schadstoffen und Emissionen;
- verurteilt rot-grüne Stimmungsmache und Schwarzmalerei über den Zustand der Umwelt sowie immer weiter gehende Vorschriften und Regulierungen;
- widersetzt sich immer weiteren Umweltafgaben und -gebühren, etwa im CO₂-Bereich;
- setzt auf technischen Fortschritt, private Initiativen, Produkte und Unternehmen statt auf staatlichen Zwang und Verbote;
- bekämpft unrealistische Ziele linker Utopisten wie die «2000-Watt-Gesellschaft»;
- setzt sich aktiv für unsere natürlichen Lebensgrundlagen ein und stellt die eigentlichen Umweltpraktiker, die in der Land- und Forstwirtschaft aktiv sind, ebenso ins Zentrum wie die Branche des Entsorgungsgewerbes.



Die Schweiz in der Welt von heute

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Die SVP steht ein für eine unabhängige, weltoffene Schweiz, die mit allen Staaten der Welt gute politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen pflegt, gleichzeitig aber über ihre Souveränität wacht und ihre Angelegenheiten selbst bestimmt.

Die Schweiz als Nation erklärt sich aus der gemeinsam bestandenen Geschichte der Eidgenossenschaft. Dazu einigt das Land das Bekenntnis zum politischen Sonderfall mit den Staatssäulen Unabhängigkeit, Föderalismus, direkte Demokratie und dauernde bewaffnete Neutralität.

Unsere Heimat, unsere Schweiz

Die Schweiz wird geprägt von ihren Kulturen, ihrem Brauchtum und ihren Traditionen. Heimat beginnt im Kleinen, nämlich in der Familie, in der Nachbarschaft, im Dorf oder im Stadtquartier. Wer ein Gefühl für seine nähere Umgebung hat, setzt sich ein und übernimmt Verantwortung im Gemeinwesen. Heimat ist Vertrautheit und das, was wir vermissen, wenn wir auswärts sind. Die Schweiz hat klare politische Wertvorstellungen und folgt noch nach über siebenhundert Jahren der «roten Linie» des Bundesbriefs von 1291.

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung

Wir müssen uns weder schämen noch verkriechen noch entschuldigen: Die Schweiz war noch nie eine Monarchie, ist nie einem Diktator hinterhergerannt und hat sich nicht von den mörderischen Utopien des roten oder braunen Sozialismus blenden lassen.

Bekenntnis zum Sonderfall

Der Widerwille gegen jede Art von Bevormundung – sei es von aussen oder von innen – bestimmte von Anfang an die Eidgenossenschaft. Der Wille zur Unabhängigkeit charakterisiert unsere Schweiz. Demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung hat schon die Anfänge der Eidgenossenschaft geprägt. Unser heutiger Bundesstaat ist 1848 als demokratische, föderalistische Republik inmitten von europäischen Monarchien entstanden – und wenig später mit dem Ausbau der



direkten Mitbestimmungsrechte des Volkes zur direkten Demokratie geworden – weltweit einzigartig.

Trotz ungünstiger äusserer Voraussetzungen sicherte diese Staatsordnung der Schweiz während zwei Jahrhunderten Frieden, Stabilität, Sicherheit und Wohlstand. Würde die Schweiz dieses Sonderfalls überdrüssig, wäre das Erfolgsmodell Schweiz aufs Höchste gefährdet.

Angriff auf das Erfolgsmodell

Die Linke hatte schon immer ein gestörtes Verhältnis zu unserer Heimat. Ihr selbstquälerischer Umgang mit der Schweiz ist schändlich und schädlich. Denn wenn wir Schweizer uns nicht mehr zur Schweiz bekennen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Migranten Parallelgesellschaften bilden oder wenn extremistische Strömungen aufkommen.

Aber auch bei der politischen Mitte schwindet die Kraft, zur Schweiz zu stehen. Allein die SVP hält unsere Staatssäulen noch uneingeschränkt hoch. Die anderen Parteien wollen sie zerstören, indem sie der Schweiz den schleichenden EU-Beitritt aufzwingen wollen. Sie akzeptieren fremdes Recht und fremde Richter, womit die Schweiz ihre Unabhängigkeit zu verlieren droht.

«Die Anderen» untergraben die direkte Demokratie, indem sie sich davon distanzieren und Volksentscheide nicht mehr umsetzen. Sie geben die Neutralität auf, indem sie nach den Vorgaben der Mainstream-Medien in internationalen Konflikten Partei ergreifen.

Mit den vermeintlichen Grossen dieser Welt im UNO-Sicherheitsrat zu sitzen, ist ihnen wichtiger, als für die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Schweiz einzustehen. Dass die Preisgabe der Neutralität auch Krieg in unser Land ziehen kann, übersehen sie.

Schweizer Qualität statt «internationale Standards»

Dass die von der OECD und der UNO vorgegebenen «internationalen Standards» von Neutralität, direkter Demokratie, Föderalismus und Gemeindeautonomie nichts wissen wollen, kümmert die diesen internationalen Standards Ergebenen nicht. Wollen sie eine massiv höhere Mehrwertsteuer, bürokratisch festgelegte Einheitsstandards für die Sozialwerke und für die Finanzierung des Gesundheitswesens, für die Ausbildung?

Die SVP zieht solcher Gleichschaltung die Schweizer Qualität entschieden vor.

Erfolgsrezept bewahren

Der Schweiz ist es immer dann gut gegangen, wenn sie dem Sonderfall Sorge getragen hat, andere nicht nachzuahmen suchte und international institutionalisierte Gleichschaltung niemals ohne sorgfältige Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung übernahm.

Die Zürcher SVP

- steht für eine unabhängige, weltoffene Schweiz, die mit allen Staaten der Welt gute Beziehungen pflegt;
- verteidigt die «roten Linien» des Bundesbriefs von 1291: nämlich Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung;
- bekennt sich zum weltweiten Sonderfall mit den Säulen Unabhängigkeit, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität und Föderalismus;
- steht als einzige Partei uneingeschränkt zum bewährten Erfolgsmodell der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie;
- bevorzugt einzigartige Schweizer Qualität statt der laufenden Übernahme von «internationalen Standards»;
- verteidigt den Föderalismus und die Bürgerrechte auf allen Stufen.



Aussenpolitik

Schweizer Interessen wahren

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk und die Kantone bestimmen als Souverän in Freiheit und Eigenverantwortung über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Doch die in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Parlament, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und Rechtsprofessoren laufend und zunehmend unterwandert.

Neutralität wird ausgehöhlt

So schert sich heute das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) kaum mehr um eine neutrale und unparteiische Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und nehmen immer öfter unverhohlen Partei für eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen, in denen Bundesbern im Blick auf glaubwürdige Vermittlung und wirksame humanitäre Hilfe besser eine neutrale Haltung eingenommen hätte.



Es widerspricht auch der Neutralität, dass die Schweiz nun im UNO-Sicherheitsrat sitzt. Dies ist der Ort, wo die Grossmächte – sich dabei oft auch lahmlegend – über den sogenannten Weltfrieden und somit auch über Kriege und Sanktionen bestimmen. Eine unparteiische Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen hat die Schweiz nicht nötig. Sie weiss aus ihrer Geschichte, wie gefährlich das ist.

Der schleichende EU-Beitritt

Den grössten Verstoss gegen die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz stellt die angestrebte «institutionelle Anbindung» an die EU dar. Der Bundesrat und die EU wollen, dass die Schweiz sich der «dynamischen» EU-Rechtsentwicklung und EU-Rechtsprechung unterwirft. Es droht nicht nur der Zwang zur Übernahme fremder Gesetze. Deren Anwendung soll zusätzlich durch fremde EU-Richter auf der Grundlage fremden EU-Rechts überwacht und kontrolliert werden. Ein «Rahmenvertrag» – in Wahrheit ein Unterwerfungsvertrag – soll die «institutionelle Anbindung» der Schweiz in die EU-Bürokratie vollstrecken. Unser Land müsste die masslos fortschreitende Rechtsentwicklung der EU automatisch übernehmen, inklusive die Unionsbürgerschaft. Die Regulierungsflut würde von der EU noch stärker auf die Schweiz überschwapen. Zudem soll der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten die Schweiz verbindlich verurteilen dürfen. Allein die SVP führt den Kampf, um dies zu verhindern.

Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihre direkte Demokratie, ihre Eigenständigkeit, ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

Auslandhilfe beschränken

Die Geschichte der Entwicklungshilfe ist eine einzige Abfolge von Enttäuschungen und Fehlschlägen – und auch der Kanton Zürich hat sich direkt und indirekt mit Milliarden daran beteiligt. Die SVP widersetzt sich diesen kantonalen Zahlungen ins Ausland. Angesichts der rekordhohen Entwicklungshilfe-Aufwendungen des Bundes umso mehr.

Trotz jahrzehntelanger Zahlungen von immensen Summen durch den Westen geht es den Ländern auf dem afrikanischen Kontinent schlechter als früher. Bürgerkriege und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an. Sie lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Oft werden damit nicht nur öffentliche Mittel verschwendet; sie sichern nicht selten auch den Machterhalt diktatorischer, korrupter Regimes und Warlords.

Die SVP setzt sich insbesondere dafür ein, dass Entwicklungshilfe ausschliesslich an jene Länder fliessen darf, die mit der Schweiz Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber abgeschlossen haben, welche auch eingehalten werden. Das humanitäre Engagement der Schweiz ist aufrechtzuerhalten, bei der Entwicklungshilfe muss indessen aufgeräumt werden.

Gute Dienste sind gefragt

Die Schweiz hatte schon lange vor dem Strassburger Richterstaat eine lange und glaubwürdige Tradition im humanitären Völkerrecht. Besonders zu fördern ist das Angebot von guten Diensten im Sinne des Völkerrechts. Statt Konferenztourismus zu betreiben und zu unterstützen, ist es zweckmässiger, verfeindeten Parteien eine sichere Infrastruktur anzubieten, in deren Rahmen sie unter sich eine Einigung suchen können. Ausserdem sei darauf hingewiesen, dass die Schweiz Sitz vieler internationaler Organisationen ist, nicht nur solcher der UNO, WHO und WTO in Genf, sondern auch des Weltpostvereins, des Internationalen Olympischen Komitees IOC, des Weltfussballverbands FIFA und insbesondere des aus einer schweizerischen Initiative entstandenen IKRK, der glaubwürdigsten humanitären Institution überhaupt.

Unparteilichkeit zahlt sich aus

Der Bundesrat muss wieder zur dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralität zurückkehren. Umfassende Neutralität fusst keineswegs allein auf rein juristisch und militärisch verstandener Neutralität (Neutralitätsrecht). Vielmehr muss die Schweiz ihre Neutralitätspolitik jederzeit konsequent und logisch im gesamten Handeln der Regierung in der Aussenpolitik glaubwürdig verfolgen: Unparteilichkeit und Nichteinmischung gegenüber allen Konflikten ist Verpflichtung der Schweiz.

Die Neutralität macht die Schweiz verlässlich und vertrauenswürdig. Sie ist solider Pfeiler der Aussenpolitik des unabhängigen Kleinstaates Schweiz, weil sie uns erlaubt, mit allen Staaten Austausch zu pflegen und Handel zu treiben. Die Schweiz benötigt dafür eine glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten und bedrohungsgerechten Milizarmee mit genügend Personal, Finanzen und Material. Erst damit sichert sich unser Land allseitigen Respekt für seine Unabhängigkeit und Neutralität. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanzpolitisch und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht jene der UNO, der EU oder der OSZE.

Beziehungen zur ganzen Welt

Die Schweiz hat ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Kulturen Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten, denn Handel ist die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen und dauerhaften Frieden. Wirtschaftliche Verknüpfungen sind auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen und Anbindungsversuche. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Denn Freiheit lebt von Konkurrenz und Wettbewerb.

Erfolgreiche Schweiz dank EWR-Nein

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand markant wachsender Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber auf sämtlichen Ranglisten des wirtschaftlichen Erfolgs der EU überlegen: bezüglich Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar bezüglich des Glücksgefühls der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit bald drei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben.

Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Unserem Land geht es seit den 1990er-Jahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen seiner Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posaunen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Nichts als haltlose, unglauwürdige Angstmacherei!

Keine Einbindung in die EU

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedern; keinesfalls sind wir aber auf «staatliche Anbindung» an die EU angewiesen, die uns in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, nicht aber eine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt anvisiert und uns derart in die Abhängigkeit von der EU verstrickt, dass schliesslich nur noch der Beitritt übrig bleibt.

Weitere Anpassungen an die EU dürfen nicht hingenommen werden. Wieso sollen wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von zunehmender Armut, andauernder hoher Arbeitslosigkeit, Währungszerfall, Unmut, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz, nämlich Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie und Marktwirtschaft müssen unablässig verteidigt werden.

Die Zürcher SVP

- bekämpft die institutionelle Anbindung (Rahmenvertrag) an die EU und den schleichenden EU-Beitritt;
- widersetzt sich der Vorrangstellung von internationalem Recht gegenüber der Bundesverfassung als oberste Rechtsquelle;
- verlangt die Gewährleistung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten und Neutralität als oberstes Ziel unserer Aussenpolitik;
- fordert vom Kleinstaat Schweiz statt Grossmachtallüren, Einmischung und Verurteilung die bewährte Leistung guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für humanitäre Hilfe;
- will, dass die Schweizer Delegierten in internationalen Gremien wie UNO, OECD oder OSZE die Interessen einer unabhängigen Schweiz vertreten;
- widersetzt sich der Einsitznahme der Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat;
- setzt sich ein für die Fortsetzung des bilateralen Weges mit der EU auf Augenhöhe;
- bekämpft die EU-Kohäsionsmilliarde ohne gleichwertige Gegenleistung;
- verlangt eine starke Kürzung der staatlichen Entwicklungshilfe und eine objektive, kritische Nutzenanalyse der einzelnen Projekte;
- fordert, dass die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gebunden wird und die Asylausgaben zur Entwicklungshilfe gezählt werden;
- strebt Freihandelsabkommen mit allen Staaten der Welt an, ohne sich auf die EU zu fixieren und ohne das nationale Interesse einer leistungsfähigen Landwirtschaft preiszugeben.

Milizarmee



Landesverteidigung als Kernauftrag

«Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.»

So lautet der Kernauftrag unserer Milizarmee gemäss Art. 51 der Bundesverfassung. Weil nach dem Fall der Mauer, dem Ende der Sowjetunion und dem

Scheitern des Sozialismus weitherum der Glaube vorherrschte, Kriege würden künftig der Vergangenheit angehören und es gebe nun eine «kollektive» Sicherheit, wurde auch die Schweizer Armee verschiedenen überhasteten Reformen unterzogen. Diese reichten von der «Armee 95» über die «Armee XXI» und den «Entwicklungsschritt 08/11» bis zur WEA (Weiterentwicklung der Armee). Von einst 600 000 Armeeangehörigen sind noch gut 100 000 übrig geblieben. Die Armee-Infrastruktur (Versorgung, Flugplätze, Kampfmittel, Sprengobjekte usw.) wurde massiv abgebaut und zentralisiert und damit verwundbar. Zudem macht die zentralisierte «Führung ab Bern» mit vielen «Büro-Generälen» die Armee schwerfällig. Fazit: Die «weiterentwickelte» Armee kann ihren verfassungsmässigen Verteidigungsauftrag heute nicht mehr oder nur unzureichend erfüllen.



Weckruf Ukraine-Krieg

Spätestens seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine (seit dem 24.2.2022) hat jedoch ein Umdenken stattgefunden. Die Leute erkennen wieder: Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit sind die unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Nur eine starke Milizarmee mit einer klaren Strategie garantiert diese Sicherheit auch in Krisenzeiten und ist die massgeschneiderte Lösung für die Bedürfnisse der Schweiz. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Terroranschläge sind jederzeit und überall möglich. Wir sind deshalb verpflichtet, auch in Zukunft die nötigen Mittel für unsere Armee und die Landesverteidigung bereitzustellen.

Föderalismus erhalten

Leider sind auch die traditionsreichen Zürcher Truppen den «Armereformen» zum Opfer gefallen. Der Kanton Zürich hat keine kantonalen Truppen mehr und ist nur noch Vollzugsorgan von Bundesvorschriften. Der Kanton Zürich ist aber nach wie vor Eigentümer der Kaserne Zürich-Reppischtal (das Übungsgelände ist im Besitz des Bundes), des Ausbildungszentrums für Bevölkerungsschutz in Andelfingen sowie Standortkanton der eidgenössischen Waffenplätze Dübendorf für die Fliegertruppen und Kloten-Bülach für die Übermittlungsausbildung. Unser Kanton hat in Bundesbern die entsprechenden Interessen zu vertreten.

Für eine starke Milizarmee

Unsere Milizarmee, die untrennbar mit der allgemeinen Wehrpflicht verbunden ist, muss erhalten bleiben, so wie dies das Volk immer wieder bekräftigt hat. Denn der Auftrag der Armeeangehörigen, nötigenfalls mit ihrem Leben für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung einzustehen, kann nicht an Berufsmilitärs delegiert werden. Der verantwortungsbewusste Bürger in Uniform verhindert, dass sich die Armee aus Leuten zusammensetzt, die ihr aus falschen (u. a. Rambo-) Motiven angehören. Nur die Miliz bietet zudem Gewähr, dass das vielfältige Wissen und Können verschiedenster Berufe zugunsten der Landesverteidigung optimal genutzt und eingesetzt werden kann.

Armee als Versicherung

Die immerwährende, bewaffnete Neutralität hat unserem Land während Jahrhunderten Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit gebracht. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern letztlich Leib und Leben, das Eigentum, das eigene Staatsgebiet, aber auch die direktdemokratischen Rechte. Ein Land, das nicht selbst für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist nicht mehr souverän. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen.

Die Schweiz ist verletzlich

Leider ist der herbeigesehnte ewige Frieden unter den Völkern nicht zu erkennen; vielmehr nehmen Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen weltweit zu. Die Waffenpotenziale werden massiv ausgebaut. Gewalt und Krieg bleiben im weltweiten Ringen um Macht, Rohstoffe, Wasser und religiösen Einfluss bevorzugte Mittel. Die eigenständige Gewährleistung der Verteidigungsbereitschaft bleibt für unseren Kleinstaat entscheidend. Unserer Sicherheitspolitik muss ein wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild zugrunde liegen. Wir müssen mit Überraschungen und Unwägbarkeiten rechnen und solche Lagen mit den politischen, zivilen und militärischen Verantwortlichen immer wieder üben.



Zudem besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder mögliche Cyberangriffe. Finanz- und Wirtschaftskrisen schaffen Begehrlichkeiten – bei leeren Kassen werden Staaten zu Räubern. Selbst wenn die Schweiz kaum Hauptziel von möglichen Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen jederzeit möglich. Die Schweiz als Wasserschlöss Europas, Drehscheibe für den internationalen Rohstoffhandel und wichtiger Finanzplatz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Genügend Mittel ...

Die SVP will eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Verteidigungsarmee, die niemanden angreift, die aber unsere Unabhängigkeit eigenständig verteidigen kann und ihre humanitären und Guten Dienste für eine friedliche Welt leistet. Aus Sicht der SVP sind für die Armee Mittel von sieben Milliarden Franken pro Jahr und ein Sollbestand von mindestens 140 000 Armeeangehörigen unabdingbar. Die SVP hat die Beschaffung des Kampfflugs F-35 unterstützt und fordert auch eine moderne Boden-Luft-Verteidigung sowie leistungsfähige Bodentruppen. Zudem müssen Teile der Armee innert Stunden mobilisieren können, das Gros innert Tagen.

... und Soldaten

Um den Armeebestand langfristig sicherzustellen, muss die massive Abwanderung von Wehrpflichtigen in den bequemen Zivildienst gestoppt werden. Waren es bei der Einführung des



zivilen Ersatzdienstes einige hundert junge Männer, die der Armee verloren gingen, sind es seit der Einführung der praktisch freien Wahl zwischen Militär- und Zivildienst jeweils 6000 bis 7000 pro Jahr, Tendenz steigend. Mit Wehrgerechtigkeit hat dies nichts mehr zu tun. Die SVP verlangt, dass die Abwanderung in den Zivildienst stark erschwert wird, sei es durch die Wiedereinführung einer Gewissensprüfung oder durch andere taugliche Massnahmen. Die bisher vom VBS vorgeschlagenen Modelle überzeugen nicht.

Keine Auslandeinsätze, keine Militärbündnisse

Unsere Armee muss den verhängnisvollen Irrweg der Internationalisierung verlassen. Schweizer Soldaten als Angehörige unseres neutralen Kleinstaates haben im Ausland nichts verloren. Gerade das Beispiel «Swisscoy» (Kosovo) beweist: Wer sich militärisch im Ausland engagiert, kommt «nicht mehr heraus». Denn die Verantwortlichen werden immer wieder behaupten, man sei fast – aber noch nicht ganz – am Ziel und müsse den Einsatz nochmals weiterführen. Zudem ist die Wirkung praktisch gleich null. Unsere Armee darf weder in die NATO noch in die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU integriert werden. Sie hat sich im Rahmen der immerwährenden, bewaffneten Neutralität auf den Schutz und die Verteidigung unseres Landes und seiner Bevölkerung zu konzentrieren.

Die Zürcher SVP

- verlangt, dass die Armee ihren Kernauftrag wieder erfüllen kann;
- fordert den Schutz wichtiger Infrastrukturanlagen in ausserordentlichen Lagen;
- bekennt sich zu einer hervorragend ausgebildeten Milizarmee und zu den nötigen finanziellen Mitteln;
- will die massive Abwanderung in den Zivildienst stoppen;
- fordert eine moderne Armee, die sich auch den Herausforderungen im Bereich Cybersicherheit und hybride Kriegsführung stellt;
- verlangt eine hohe, bedrohungsgerecht abgestufte Mobilisierung der Armee;
- fordert die Beendigung von militärischen Auslandeinsätzen;
- will eine bündnisfreie Schweiz ohne Einbindung in die NATO und EU;
- fordert den Erhalt eines eigenständigen, liberalen Waffenrechts;
- verlangt mehr Frontverbände und weniger Armeeverwaltung.

A professional video camera is positioned on the right side of the frame, angled towards the left. Its LCD screen displays a blue-tinted image of a person. The background is a blurred studio environment with a large curved screen showing abstract blue and white patterns, and several bright studio lights are visible on the ceiling.

Medien

Private Vielfalt statt staatliche Einfalt

Der Sinn von Artikel 17 unserer Bundesverfassung («Medienfreiheit») könnte klarer nicht sein: «Die Freiheit von Presse, Radio

und Fernsehen sowie anderer Formen der öffentlichen fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist gewährleistet.», «Zensur ist verboten.» und «Das Redaktionsgeheimnis ist gewährleistet.»

Das bedeutet: Die beste Medienpolitik ist keine Medienpolitik. Der «Nanny-Staat» hat uns auch nicht vor «Fake-News» zu schützen, zumal er während der Corona-Pandemie selbst fleissig log.

Es sind unabhängige, freie Medien (Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Social Media) und vor allem der Wettbewerb zwischen ihnen, die eine lebendige und funktionierende Demokratie garantieren. Staatliche Beeinflussung wie auch übermässige Regulierungen sind Gift für die Freiheit und Meinungsvielfalt und führen zu einem Monopol. Genau das bekräftigte auch das Schweizer Volk mit dem Verwerfen der Vorlage zur «Medienförderung». Der Staat hat Medien nicht zu fördern, sondern in Ruhe zu lassen.



Missbrauch des Begriffs «Service public»

Die Quasi-Monopolistin SRG kann ihre Marktmacht aufgrund der kürzlich ausgebauten SRG-Konzessionen, die der Bundesrat erteilt hat, nun auch offiziell im Internet erweitern. Zwar hat die SRG aufgrund der «No Billag»-Abstimmung einige Versprechungen abgegeben, etwa bei der Unterscheidbarkeit der Fernsehprogramme gegenüber privaten Anbietern. Wenn aber gleichzeitig das staatliche Angebot im Internet mit Steuergeldern ausgebaut wird, schafft dies neue Marktverzerrungen zu Lasten privater Anbieter.

Dem kann nur mit einer substanziellen Kürzung der finanziellen Mittel für die SRG begegnet werden. Die SVP unterstützt darum die eidgenössische «SRG-Initiative». Damit könnten die Radio- und Fernsehgebühren auf maximal 200 Franken jährlich zurückgefahren werden. Die Unternehmen müssen gänzlich davon befreit werden. Öffentlich-rechtliche Sender sollen weiterhin Gebührengelder bekommen, Werbung soll ihnen aber nicht mehr erlaubt sein. Diese ist den privaten Anbietern vorbehalten, die im Gegenzug aber keine Gebührengelder bekommen sollen.



Die Zürcher SVP

- setzt sich für eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft ein;
- verlangt eine Beschränkung des Service public auf Leistungen, die zwingend bereitgestellt werden müssen und nicht von Privaten erbracht werden können (Subsidiaritätsprinzip);
- fordert eine Senkung der Empfangsgebühren auf maximal 200 Franken jährlich sowie die gänzliche Befreiung der Unternehmen;
- bekämpft die Ausdehnung der staatlichen Förderung auf die SDA sowie auf private Online-Newsportale und weitere Medien;
- setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten);
- fordert, dass die Revision der SRG-Konzession sistiert und die bestehende SRG-Konzession verlängert wird;
- lehnt Werbeverbote ab und will, dass alle Produkte, die legal erhältlich sind, beworben werden dürfen.

Kultur



Weniger Staatskultur, mehr Volkskultur

Als Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was Menschen an geistigen, künstlerischen, gestalterischen Leistungen hervorbringen. Kultur muss gepflegt und gefördert werden. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat muss ein geistiges Klima schaffen, das kulturelle Vielfalt fördert. Kultur darf keinesfalls als «Staatskultur» befohlen oder verordnet werden. Der Staat soll seinen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu kulturellen Einrichtungen erleichtern. Auf Zensur, Gängelung und Ausgrenzung im Kulturbereich ist jedoch zu verzichten.



Kultur ist Sache der Kultur

Kultur ist grundsätzlich weder Sache des Bundes noch der Kantone oder Gemeinden. Kultur ist – ganz einfach ausgedrückt – Sache der Kultur. Denn eine öffentlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem kurzlebigen modischen Zeitgeist huldigt, statt langfristig gültige Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik kann höchstens ergänzenden Charakter haben. Denn öffentliche Unterstützung einzelner Projekte heisst immer auch Diskriminierung jener Projekte, die nicht gefördert werden. Privates Mäzenatentum oder Sponsoring sind besser geeignet, vielfältige Entwicklungen zu ermöglichen. Darum sind private Kulturstiftungen und Spenden gezielt zu fördern und steuerlich zu begünstigen.

Gegen den linken Kulturfilz

Staatlich betriebene Kulturpolitik führt dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur gezielt unterstützen, die ihnen politisch entspricht. In den öffentlichen Kulturstiftungen und Vergabekommissionen von Förderpreisen haben sich seit einiger Zeit vornehmlich die Linken installiert. Im Stiftungsrat der Zürcher Filmstiftung sitzen die Stadtpräsidentin von Zürich (SP), die kantonale Justizdirektorin (SP) und der ehemalige Stadtpräsident von Winterthur (SP). Viele Kulturschaffende lassen sich – unbelastet von Sachkenntnis – von linken Parteien für politische Kampagnen, Parolen und Wahlkomitees einspannen. Dadurch kommt es zu

korruptionsähnlichen Zuständen: Der linke Politikuchen unterstützt den linken Kulturkuchen – und umgekehrt.

Eine halbe Milliarde für Zürcher Kultur

Fast eine halbe Milliarde Franken beträgt die Summe, welche die Gemeinden und der Kanton Zürich an den Kulturbetrieb beitragen; davon stammen etwa vier Prozent aus Lotteriegeldern. Die SVP bekämpft den Missstand, dass mit Geldern des kantonalen Lotteriefonds auch ausserkantonale und sogar ausländische Projekte finanziert werden – teilweise im

Bereich der Entwicklungshilfe. Die Stadt Zürich richtet bei ihren «Kulturleitbildern» jeweils mit der besonders grossen Kelle an; das gehätschelte Kind der Stadt heisst «Soziokultur». Der Kanton Zürich gibt pro Kopf und Jahr rund 300 Franken für Kultur aus, der sparsamere Kanton Schwyz lediglich einen Viertel davon. Gerade der Kanton Schwyz kennt jedoch eine engagierte Laienkultur. Besonders kostenintensiv ist das vor rund 25 Jahren kantonalisierte Opernhaus Zürich. Öffentliche Beiträge von 80 Millionen Franken pro Jahr oder über 300 Franken pro Sitz und Vorstellung sind auf Dauer nicht zu rechtfertigen, wenn das Opernhaus in Zukunft keine grössere Breitenwirkung erreicht.

Mehr Geld – mehr Abhängigkeit

Der «Kulturbotschaft» kann man entnehmen, in welcher zentralistische, staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes weiter bewegen soll. Die Bundesausgaben für die Kultur fördern die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat und schaffen Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Die SVP lehnt die nationale Kulturpolitik ab, die sogar die Inhalte der kantonalen und kommunalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen will.

Gegen EU-Kulturbürokratie

Die Kulturbürokraten des Bundes streben sogar den Anschluss an das EU-Bürokratiemonster «Kreatives Europa» an. Mit





diesem milliardenteuren Prestigeprojekt sollen europaweit 250 000 Kulturschaffende, 2000 Kinos, 800 Filme und 4500 Buchübersetzungen finanziell unterstützt werden. Diese zentralistische Förderpolitik hat sich längst verselbstständigt und ist nicht mehr auf Publikum angewiesen.

Prestigekultur auch privat finanzieren

Die elitäre, professionelle Prestigekultur (Opernaufführungen, Schauspiele, klassische Konzerte, Kunstausstellungen) erfüllt eine wichtige, geistig bereichernde Funktion. Da sich die «gehobenen» Institutionen und Veranstaltungen oft der prestigereichen Kultur widmen, finden sich leichter private Geldgeber. Darum ist nicht einzusehen, warum etwa das Zürcher Opernhaus 85 Prozent des kantonalen Kulturbudgets beansprucht.

Für eine gelebte Volkskultur

Die Volkskultur lebt vom freiwilligen, meist unbezahlten Engagement und richtet sich an breite Kreise. Sie erfüllt weniger das Bedürfnis nach Belehrung, sondern sorgt für Unterhaltung. Laientheatergruppen, Musikvereine, Chöre, Tanzformationen, Fasnachtsgesellschaften und dergleichen sind in den Dörfern und Stadtquartieren wichtige Kulturträger. Sie schaffen zumeist ohne öffentliche Unterstützung eine Volkskultur, die den Bedürfnissen des Publikums entspricht und darum besondere ideelle Unterstützung verdient.

Mehr Markt in der Kultur

Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun, und der Wettbewerb der Ideen soll auch hier spielen. Eine Produktion, die am Publikum vorbeizieht, ist sinnlos. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Wer Kitsch oder seichte Unterhaltung geniessen will, soll dies ebenso können wie jene, die Performances jenseits des «guten Geschmacks» lieben. Nur dürfen beide Richtungen nicht durch die Öffentlichkeit finanziert werden.



Die Zürcher SVP

- verlangt eine ständige Überprüfung der Leistungen staatlich geförderter Kulturprojekte durch die zuständige kantonale Fachstelle;
- bekämpft den linken, korruptionsähnlichen Kulturfilz;
- will nicht, dass der Zürcher Lotteriefonds ausserkantonale und sogar ausländische Projekte unterstützt;
- hinterfragt die nach wie vor zu hohen Kantonsbeiträge ans Zürcher Opernhaus;
- kämpft gegen den Führungsanspruch der Kulturpolitik des Bundes und gegen die EU-Kulturbürokratie;
- anerkennt die Leistungen der Spitzenkultur, verlangt aber, dass sich diese vermehrt auch privat finanziert;
- unterstützt die gelebte Volkskultur mit ihrer Nähe zur breiten Bevölkerung;
- verlangt im Kulturbereich mehr Markt, Wettbewerb und kommerziellen Erfolg dank Nähe zum Publikum.

Mensch, Familie und Gemeinschaft



Eigenverantwortung statt Bevormundung

Die SVP befürwortet das Streben jedes Menschen nach Glück und Zufriedenheit. Individuelle Entscheide müssen in Selbstverantwortung geschehen; es darf nicht sein, dass am Schluss der Staat über das Gelingen oder Scheitern von privaten Lebensentwürfen entscheidet oder diese finanziert. Die Familie muss auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule der Gesellschaft spielen. Dazu braucht sie grosse Freiräume und möglichst wenig Eingriffe des Staates.



Keine Verstaatlichung der Familie

Der Staat greift zunehmend in die Familiengestaltung ein, indem er gewisse Familienformen bevorzugt. So diskriminieren etwa staatliche Subventionen und Steuererleichterungen für Krippenbetreuung die traditionelle Familie. Der Staat interveniert auch dort, wo die Gesellschaft problemlos funktioniert, und zahlt zum Beispiel an Kinderkrippen für Eltern, die dies finanziell nicht nötig haben. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Massnahmen helfen sollen, die Gesellschaft zu verändern. Der Staat mischt sich so immer mehr in die Erziehung der Kinder ein, anstatt sich auf seinen Bildungsauftrag zu beschränken.

Familien stärken

Die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau bilden die Grundlage unserer Gesellschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz des Staates. Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und geben ihnen Liebe und Geborgenheit. Dabei lernt das Kind Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen.

Missbrauch der Schule

Aufgrund vermeintlicher Missstände wird gerne die Schule zur Problemlösung herangezogen, sei es im Bereich der Sexualerziehung, im Umgang mit Medien und Konsum oder bei der «politischen Bildung» beziehungsweise einseitigen rot-grünen Beeinflussung. Ein freiheitliches Verständnis geht

davon aus, dass Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen und Lehrerinnen und Lehrer diese Themen und Bereiche selbst in Eigenverantwortung in den Unterricht einbauen können.

Kein Kampf zwischen den Geschlechtern

Männer und Frauen sollen einander ergänzen. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welche Funktionen oder welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten. Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Problematische Gleichmacherei

Die Ehe zwischen Mann und Frau soll geschwächt werden, indem dieser Verbindung alle möglichen Formen des Zusammenlebens gleichgestellt werden. So wird beispielsweise die Gleichstellung von Polygamie (Vielehe) diskutiert. Auch will man Mechanismen einrichten, wonach mit Kindern zusammenlebenden Erwachsenen nach einer gewissen Zeit automatisch der Status Familie zugestanden wird. Dem Missbrauch und der Willkür wird damit Tür und Tor geöffnet. Probleme

beim Erbrecht, bei den Sozialversicherungen, beim Scheidungsrecht, beim Unterhalt oder beim Steuerrecht sind vorprogrammiert. Solche «Reformen» führen nicht zu einer liberalen Gesellschaft, sondern zu einer Verstaatlichung des Privatlebens. Sie bedrohen wichtige gesellschaftliche Zellen wie die Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften, die unabhängig vom Staat existieren.

Alleinstehende nicht diskriminieren

Im Kanton Zürich bestehen 40 Prozent der Haushalte aus alleinstehenden Personen. Die Gesellschaft darf nach Ansicht der SVP die Alleinstehenden weder diskriminieren noch darf sie der Staat ungebührlich zur Kasse bitten. Vielmehr leisten auch Alleinstehende und Einzelhaushalte ihren Beitrag an die Gemeinschaft, da sie die Infrastrukturen für Familien, Kinder und Ausbildung mitfinanzieren, ohne direkt davon zu profitieren. Auch sind sie oft gute Konsumenten und leisten damit einen wichtigen Beitrag an unsere Volkswirtschaft.

Die Jugend – unsere Zukunft

Kleinkinder benötigen eine feste Bezugsperson, damit ihre spätere psychische Stabilität nicht gefährdet wird. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen usw. sollen und können die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Wichtig sind für unsere Jugend neben Unterstützung und Anerkennung gute Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten.

Die SVP unterstützt Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung.

Für aktive Senioren

Unsere betagten Mitmenschen haben nach einem langen Arbeitsleben Anrecht auf einen angemessenen Wohlstand, medizinische Versorgung und – wenn nötig – genügende Betreuung. Die ältere Generation soll am gesellschaftlichen Leben mitwirken und selbstständig wohnen können, solange es ihre geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Altersgrenzen sind deshalb möglichst flexibel zu gestalten. Die SVP schenkt der Sicherung der erreichten Altersversorgung volle Beachtung und setzt sich dafür ein, dass auch die spital-externe Hauspflege nach dem Solidaritätsprinzip unterstützt wird. Alterszentren sind so zu bauen, dass die Betagten Leben um sich haben und andere Menschen treffen können.

Freie Meinungsäußerung ohne Maulkorb

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm ist abzuschaffen. Die sich stets, auch auf Stammtisch und Fasnachtsverse ausweitende Gerichtspraxis zeigt die Absurdität dieser Strafnorm. Der Rückgriff aufs Strafrecht, um Meinungen zu verurteilen oder jene einzuschüchtern, die diese vertreten, ist zutiefst undemokratisch. Eine freiheitliche Demokratie ist noch nie an zu viel Meinungsäußerungsfreiheit gescheitert – aber an zu wenig.



Mehr Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit

Wertvolle Arbeit wird nicht nur am bezahlten Arbeitsplatz geleistet, sondern Tag und Nacht auch im privaten Kreis, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, Pflege von Angehörigen oder Betreuung der Kinder. Diese Arbeit wird mehr und mehr abgewertet und mit dem Schlagwort «Professionalisierung» an den Rand gedrängt. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen oder Mittagstische können die elterliche Liebe und

Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt an bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht an den Staat delegiert werden. Wichtig ist für unsere Jugend neben guten beruflichen Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten

auch ein Umfeld, das ihnen Wertschätzung entgegenbringt und in dem sie ihre Persönlichkeit weiterentwickeln können. Die SVP unterstützt daher auch Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung und würdigt die Ehrenamtlichkeit.

Die Zürcher SVP

- setzt sich für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern;
- verlangt, dass die Familie als kleinste und wichtigste Zelle unserer Gesellschaft in Freiheit und ohne staatliche Bevormundung leben kann;
- will keine Vielehen und keine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe;
- lehnt einen staatlich diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaub ab;
- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft;
- widersetzt sich der Diskriminierung Alleinstehender;
- unterstützt gute Entwicklungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für unsere Jugend;
- fördert eine ältere Generation, die so lange wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann;
- lehnt staatliche Quotenregeln und sogenannte Genderpolitik ab;
- fordert die Abschaffung der Gleichstellungsbüros und sonstiger Ämter, die das Privatleben staatlich reglementieren und die Gesellschaft umerziehen wollen;
- will keine zentral vorgeschriebenen Tagesstrukturen, sondern sinnvolle Angebote auf der Stufe der Gemeinde, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;
- unterstützt das Zusammenleben in Familie, Vereinen, Nachbarschaften, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften;
- verlangt die Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm.



Sport

Gut für Körper und Geist

Sportliche Betätigung steht wie nur wenige andere Lebensbereiche für Freude, Leistung und Fairness. Sportliche Aktivitäten verschaffen dem Menschen körperliches und geistiges Wohlbefinden und erhalten seine Leistungsbereitschaft. Die SVP unterstützt den Breiten-, Schul-, Jugend- und Behindertensport und ganz besonders die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen sowie die leistungssportlichen Aktivitäten. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind etwa durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.



Sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung

Die sportliche Betätigung erlaubt Jung und Alt eine sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung. Während die Linken über die mangelnde Integration ausländischer Jugendlicher jammern, setzt sich eine Vielzahl unserer Mitbürger als Trainer und Vereinsverantwortliche im Einzel- und Mannschaftssport genau dafür aktiv ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen und im Team Erfolg zu haben. Der Sport bildet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und wertvolle Lebensschule. Er fördert den Leistungs- und Durchhaltewillen und bringt manche Jugendliche von der Strasse weg. Damit sinkt ihr Risiko, in die Drogensucht oder gar in die Kriminalität abzugleiten.

Sport in der Schule

Qualifizierte Sportlektionen unter Anleitung von befähigten Lehrerinnen und Lehrern sollen Kindern und Jugendlichen Spass an Ausdauer, Bewegung und Spiel vermitteln. Der Schulsport bietet Abwechslung zum sitzenden, kopflastigen Schulunterricht, der Breiten- oder Leistungssport einen Ausgleich zum Berufsalltag. Abgesehen vom Schulunterricht und den Infrastrukturen ist der Sport jedoch keine primäre Staatsaufgabe.

Spitzensport motivierend für Breitensport

Höchstleistungen von Spitzen- und Leistungssportlern motivieren die Jugend und breite Bevölkerungskreise zur sportlichen Betätigung. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, das die schulische und/oder berufliche Ausbildung mit einer professionellen sportlichen Ausbildung verbindet. Die Bereiche Sport und Gesundheit (z. B. Prävention und Rehabilitation) sind besser zu vernetzen. Die SVP setzt sich ein für Fairness und bekämpft Spielmanipulationen, Doping und Gewalt.



Die Zürcher SVP

- begrüsst sportliche Betätigung zur Förderung von Freude, Leistung und Fitness;
- unterstützt den Breitensport für die Gesundheitsprävention und die soziale Integration;
- anerkennt den Schulsport als wichtigen körperlichen Ausgleich zur kopflastigen Ausbildung;
- sieht mit Sorge, dass selbst Kleinstanlässen mit Auflagen und übertriebener Bewilligungspraxis grosse Hindernisse in den Weg gelegt werden;
- fordert unbürokratische und kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten bestehender öffentlicher Infrastrukturen (Sportplätze, Hallen usw.) für die wichtige Arbeit der Sportvereine;
- fordert und unterstützt die in den Vereinen und der Organisation von Sportanlässen geleistete Freiwilligenarbeit;
- bekennt sich zum Spitzensport und dessen Vorbildwirkung für Jugend und breite Bevölkerung;
- steht ein für Fairness und bekämpft Doping, Wettbetrug und Gewalt in der Sportwelt.

Partei der Grundsätze



Darum braucht es eine starke SVP

Die Bürgerinnen und Bürger haben die SVP in den letzten Jahren in der Schweiz wie im Kanton Zürich zur wählerstärksten Partei gemacht. Das erfüllt die Gegner der SVP nicht mit Freude. Sie wollen eine schwache SVP im Bundesrat, in den Kantonsregierungen, in den Stadt- und Gemeinderäten wie in den Parlamenten aller Stufen. Die SVP macht aber nicht Politik für ihre politischen Gegner, sondern für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das ist ziemlich genau das Gegenteil der Politik unserer Gegner.



Keine bequeme Pseudoharmonie

Warum wollen die andern eine schwache SVP? Nur schwache Parteien können starke Gegner nicht ertragen. Doch unsere direkte Demokratie lebt davon, dass wir alle Themen kontrovers behandeln. Dazu braucht es unterschiedliche Köpfe. Wenn alle gleich denken, erreichen wir nur eine Pseudoharmonie, das Gegenteil von guten Lösungen. Gute Lösungen muss man sich erarbeiten, erstreiten und erkämpfen. Dazu braucht es starke Vertreter in allen Parteien.

Grundsätze als politischer Kompass

Warum braucht es eine starke SVP? Weil wir gute Grundsätze vertreten. Wer als Parteivertreter nicht weiss, wofür seine Partei grundsätzlich steht, wird in den konkreten Fragen immer scheitern oder die falsche Politik betreiben. Wer aber den Kompass richtig einstellt, wird seinen Weg und das richtige Ziel finden. Ist der Kompass aber erst einmal richtig eingestellt, kann die Lösung im konkreten Fall nicht falsch sein. Darum ist es wichtig, Grundsätze zu haben und an ihnen festzuhalten. Die SVP hat ihren Wählerauftrag zu erfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger wählen die SVP, weil sie an unsere Grundsätze, an unsere Lösungen, an unsere Durchsetzungskraft glauben.

Festhalten an den Grundsätzen

Wenn die SVP ihre Arbeit richtig macht, dann bringt sie ihre Grundsätze überall ein, in den Gemeinden, im Kanton und im Bund. Politik hat man dort zu betreiben, wo sie sich auf-

drängt: in den Parlamenten, Regierungen und Behörden, vor allem aber auch mit den Mitteln der direkten Demokratie. Aufbauend auf dem Boden der Wirklichkeit, den Problemen offen in die Augen schauend, Klartext redend, die Lösungen unbeirrt auch gegen Anfeindungen vertretend – das alles hat die SVP stark gemacht.

Das Wichtigste neben dem Festhalten an den Grundsätzen ist der Durchhaltewille. Darum nehmen die Vertreter der SVP auch einen beschwerlichen Weg auf sich. Denn sie alle wissen: Je weniger die SVP-Politiker an sich selbst denken, desto mehr denken die Wählerinnen und Wähler an sie.





**Stehen Sie gemeinsam mit der SVP
für die Schweiz ein!**

Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende auf das
Postkonto: 80-35741-3 oder
IBAN: CH17 0900 0000 8003 5741 3

Vielen Dank.

